

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu unserer heutigen, 16. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt – wie immer – den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **14 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Auch heute feiert jemand **Geburtstag**. Ich gratuliere ganz herzlich aus dem Kreis der CDU Herrn Kollegen **Daniel Sieveke** zu seinem Geburtstag. Ich darf hinzufügen: Sie werden herrliche 36 Jahre jung.

(Allgemeiner Beifall)

Die besten Glückwünsche des Hauses begleiten Sie nicht nur am heutigen Tag, sondern auch im neuen Lebensjahr.

Für die Kolleginnen und Kollegen, die es gestern nicht mitbekommen haben, erinnere ich daran, dass sich die Fraktionen am gestrigen späten Nachmittag darauf verständigt haben, den für heute geplanten **TOP 1 – Aktuelle Stunde** – zu **streichen**. Denn nach übereinstimmender Ansicht aller Fraktionen hier im Hause ist der aktuelle Anlass für die Beantragung inzwischen entfallen. Deshalb werden wir die Sitzung, so wie ebenfalls zwischen den Fraktionen verabredet, heute mit der Einbringung des Sozialberichts und der Aussprache dazu beginnen.

Ich rufe also auf:

2 Sozialbericht Nordrhein-Westfalen 2012

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Der Chef der Staatskanzlei hat mir mit Schreiben vom 19. November 2012 mitgeteilt, dass die Landesregierung beabsichtigt, zum Sozialbericht Nordrhein-Westfalen 2012 zu unterrichten. Die Unterrichtung erfolgt durch den Minister für Arbeit, Integration und Soziales.

Ich erteile gerne Herrn Minister Schneider für die Landesregierung das Wort.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht – auch „Sozialbericht“ genannt – hat zum Teil erschreckende Befunde über die soziale Situation in Nordrhein-Westfalen erbracht. Deshalb ist die Landesregierung der Auffassung, dass es zu diesem Bericht eine parlamentarische Behandlung, eine

parlamentarische Unterrichtung mit anschließender Diskussion, geben muss.

Wir gehen mit unserem 3. Armuts- und Reichtumsbericht einen anderen Weg als die schwarz-gelbe Regierungskoalition in Berlin. Sie wissen, dort wird seit Wochen am bundesweiten Bericht herumgewerkelt, getäuscht, vertuscht.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Unverschämtheit!)

Man könnte den Eindruck haben, dort geht es darum, negative Befunde aus der Welt zu schaffen nach dem Motto: Weil es nicht sein darf, ist das auch nicht. – So gehen wir eben nicht vor. Wir wollen die Probleme in Nordrhein-Westfalen offen benennen, weil – wie heißt es so schön? – jede Politik damit beginnt, dass man feststellt, was ist. Deshalb bin ich der Auffassung, wir sollten heute eine offene, kritische Debatte über die sozialen Verhältnisse in unserem Land führen.

Meine Damen und Herren, um es auf einen Nenner zu bringen: Der Armuts- und Reichtumsbericht zeigt: Trotz Wirtschaftswachstum nimmt die Armut in NRW zu. Und auch die Ungleichgewichte nehmen zu. Es gibt auf der einen Seite immer mehr Menschen, denen es gut bis sehr gut geht, und auf der anderen Seite immer mehr Menschen, denen es schlecht geht, die arm sind oder an der Armutsgrenze leben. Ich weiß, hier kommt seitens der Opposition der erste Einwand: Was ist denn Armut? – Natürlich ist Armut immer relativ zu sehen angesichts der Produktivität, der Verteilungsmöglichkeiten in einer so hoch entwickelten Volkswirtschaft. Deshalb kann man Armut bei uns nicht vergleichen mit Armut in Entwicklungsländern. Die Grundlagen sind eben andere.

Meine Damen und Herren, in NRW gab es im Jahr 2011 eine positive Wirtschaftsentwicklung und damit auch eine Belebung des Arbeitsmarktes. Das Bruttoinlandsprodukt stieg im Jahr 2011 um 2,6 %. Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg um 2,5 %. Sie lag bei knapp 6 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Die Erwerbslosenquote ging 2011 auf 6,5 % zurück. So niedrig war sie zuletzt im Boom der Jahre 2000/2001. Diese Zahlen sind rückblickend erfreulich. Sie zeigen aber nur eine Seite wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung. Offensichtlich wird, dass viele Menschen nicht am Wirtschaftswachstum partizipieren. Diese Gruppe wird größer, ihre Armut und soziale Ausgrenzung verfestigen sich.

Der Trend zeichnet sich bereits seit Längerem ab: Von 2003 bis 2008 hatten die ärmsten 10 % der Haushalte bereits einen Einkommensverlust von 5,3 % zu verkraften. Die obersten 10 % der Haushalte konnten sich über einen Einkommenszuwachs in Höhe von 12,7 % erfreuen. Und während das unterste Fünftel der Menschen in Deutschland generell

überhaupt kein Vermögen besitzt, verfügen die obersten 20 % über sage und schreibe 71 % des gesamten Vermögens. Im Übrigen wollte Herr Rösler diese Zahlen im Armutsbericht der Bundesregierung geschönt bzw. geschwärzt sehen. Und während das ...

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Waren Sie bei der Ressortabstimmung dabei?)

– Es handelt sich hier um demoskopische Erhebungen. Da ist jede Ressortabstimmung ein Einfallstor für politische Manipulationen. Merken Sie sich das einmal!

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Sie haben sowieso eine bemerkenswerte Umgangsweise mit wissenschaftlichen Erkenntnissen. Wenn Sie der Auffassung sind, solche Erhebungen so drehen zu können, dass sie Ihnen in den politischen Kram passen, dann sollten Sie es lieber von vornherein sein lassen. Das ist schließlich auch Ihr Ziel.

(Beifall von der SPD – Hanns-Jörg Rohweder [PIRATEN]: Fälscherwerkstatt!)

Meine Damen und Herren, Politik ist hier in der Pflicht. Wir müssen Gerechtigkeit anstreben. Wir werden uns daher im Bundesrat für eine Steuer auf große Vermögen und Erbschaften und für die Erhöhung des Spitzensteuersatzes einsetzen. Dazu gibt es eigentlich, um ein von der Bundeskanzlerin inflationär benutztes Wort zu wählen, keine Alternative. Auch werden wir Steuerflucht entschieden bekämpfen und die Abschöpfung von Vermögen, die durch Kriminalität erzielt werden, intensivieren. Die Auseinandersetzung um das Steuerabkommen mit der Schweiz zeigt, dass wir hier auf einem guten Wege sind.

Meine Damen und Herren, nachdem sich die Armutsrisikoquote in den letzten Jahren kaum verändert hat, ist der akute Anstieg von 14,7 % in 2010 auf 15,8 % in 2011 auffällig. Mit dieser Entwicklung liegt NRW im westdeutschen Trend, was die Tatsache allerdings nicht besser macht. Das wird sich auch im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigen, wenn er denn seriös ausgefertigt wird.

Dass die Armutsrisikoquote trotz positiver Entwicklung am Arbeitsmarkt gestiegen ist, zeigt, dass Niedriglöhner unterdurchschnittlich von der Wirtschafts- und Einkommensentwicklung profitiert haben. Beträgt das Pro-Kopf-Einkommen weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung, gilt ein Mensch nach OECD-Kriterien als einkommensarm. In NRW galten im Jahr 2011 die Menschen als armutsgefährdet, deren Einkommen weniger als die eben benannte Quote ausmachte; das sind etwa 833 €. Also, alle Menschen, denen pro Monat weniger als 833 € zur Verfügung stehen,

gelten nach diesen OECD-Kriterien als einkommensarm.

Das waren in Nordrhein-Westfalen 2,8 Millionen Menschen, und unter ihnen – das ist besonders schlimm – waren 643.000 Minderjährige. 2010 waren es noch rund 200.000 minderjährige Personen weniger. Wir haben es also mit einem Anstieg der Kinderarmut zu tun, und deshalb ist es nur konsequent, dass die Politik der Landesregierung gerade auf Kinder abzielt und gerade Kindern, die benachteiligt sind, Hilfestellungen geben will.

Besonders betroffen sind die, die es am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft schwer haben: Alleinerziehende, Migranten, Geringqualifizierte und, wie eben schon genannt, Kinder und Jugendliche.

Der Armutsentwicklung muss für alle Zielgruppen in allen Lebenslagen entgegengewirkt werden. Daher hat sich die Landesregierung auf den Weg gemacht. Mit ihrer Armutsprävention ist der richtige Weg eingeschlagen worden. Mit diesen Präventionsketten erreichen wir unterschiedlichste Zielgruppen, bieten Hilfen, insbesondere in den Lebens- und Sozialräumen, und berücksichtigen die unterschiedlichen altersbedingten Lebenslagen. Zudem werden wir im kommenden Jahr ein umfassendes Handlungskonzept gegen Armut und soziale Ausgrenzung erarbeiten.

Meine Damen und Herren, problematisch ist die Situation der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 35 Jahren und die Ausweitung von Niedriglohn und atypischer Beschäftigung in dieser Personengruppe. Die Jüngeren verfügen nicht nur über ein überdurchschnittliches Armutsrisiko; fast ein Viertel, exakt 24,7 %, der Männer und über 22 % der Frauen unter 30 sind befristet beschäftigt – eine bemerkenswerte Quote.

2010 arbeitete über die Hälfte der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten unter 25 Jahren im Niedriglohnbereich, häufig in atypischen Beschäftigungen. Hierzu gehört die Leiharbeit; hierzu gehören seit Neuestem zunehmend Werkverträge als Ersatz für Leiharbeitsverträge.

Wir wollen deshalb die Leiharbeit nicht abschaffen, wie uns manchmal unterstellt wird, sondern neu regulieren. Hier geht es vor allem um die Durchsetzung des Prinzips „Gleiches Geld für gleiche Arbeit am gleichen Ort“. Ich denke, auch die Werkverträge müssen neu reguliert werden, damit mit diesem Instrument nicht noch zusätzlich gerade Jüngere nach Beendigung ihrer Berufsausbildung in den Niedriglohnsektor gebracht werden.

Bemerkenswert ist: All diese Formen atypischer Beschäftigung führen dazu, dass das Risiko, der Altersarmut zum Opfer zu fallen, ansteigt. Natürlich gibt es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Niedriglohnsektor und der Altersarmut. Wir wollen deshalb auch dafür sorgen, dass Menschen verstärkt in eine Berufsausbildung gelangen.

Unser Übergangssystem von der Schule in den Beruf hat auch den Sinn, die Zahl derer, die eine Berufsausbildung als Grundlage für eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt absolvieren, ansteigen zu lassen.

Meine Damen und Herren, insgesamt lag die Niedriglohnquote Ende 2010 in NRW bei 20,4 %. Ende 2000, vor zehn Jahren, lag sie noch bei 16,3 % und damit etwas über 4 % niedriger.

Nicht nur der Niedriglohnsektor wächst, auch die Zahl der atypischen Beschäftigungen. Deshalb gibt es ebenfalls keine Alternative dazu, dass das feste, unbefristete Arbeitsverhältnis weiterhin die Regel bleibt und die Befristung die Ausnahme. Im Moment gibt es eine genau gegenteilige Entwicklung. Dies muss gestoppt werden.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wenn ich vom Niedriglohnsektor spreche, muss ich auch weiterhin auf den seit Jahrzehnten anhaltenden Skandal der Unterbezahlung der Frauen hinweisen. Im Durchschnitt verdienen bei uns Frauen 23 % weniger als Männer. Dies ist nicht akzeptabel.

(Beifall von der SPD und Simone Brand [PIRATEN])

Dies ist ein Bruch der Verfassung. Dies muss, wenn die Tarifvertragsparteien nicht mehr die Kraft dazu entwickeln, auch über Gesetze angepackt werden. Hier ist sich die Landesregierung mit vielen anderen gesellschaftlichen Kräften einig.

Meine Damen und Herren, um den Niedriglohnsektor aufzubrechen, wollen wir weiterhin einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Wir wollen hier bei 8,50 € beginnen. Wir wollen, dass dieser Mindestlohn von einer unabhängigen Kommission vor allem anhand der Kriterien Preisentwicklung, Produktivität und allgemeine Einkommensentwicklung kontinuierlich ausgestaltet und angepasst wird.

Bei der Leiharbeit geht es vor allem darum, das so genannte Synchronisationsverbot wieder einzuführen. Das heißt, es darf nicht mehr den Mechanismus geben, dass der Arbeitsvertrag eines Leiharbeitnehmers mit der Verleihfirma unmittelbar aufgelöst ist, wenn eine Verleihung nicht mehr stattfindet.

(Beifall von Walter Kern [CDU] und Peter Preuß [CDU])

– Ich bedanke mich für den Beifall seitens der Opposition. Es gibt doch noch kluge Köpfe in der CDU. – Im Übrigen bin ich der Auffassung, dass die Bundesarbeitsministerin darüber nachdenken sollte, ob Kurzarbeit nicht auch verstärkt für Leiharbeitsfirmen möglich sein sollte. Auch dies wäre ein richtiger Weg.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird die Politik der Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen fortsetzen. Wir haben in der vorletzten Woche über die Allgemeinverbindlichkeit für das Bäckereihandwerk und für die Beschäftigten im Hotel- und Gaststättengewerbe für über 300.000 Menschen einen Tarifvertrag zugänglich gemacht – über 300.000 Menschen, die jetzt den Schutz eines Tarifvertrages für sich in Anspruch nehmen können. Das ist eine bemerkenswerte Zahl. Diese Politik muss weitergehen.

Meine Damen und Herren, wir wissen: Die Spaltung des Arbeitsmarktes, der Niedriglohnsektor und letztendlich die Spaltung der Gesellschaft gehen auch auf die Ideologie des Neoliberalismus zurück.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

– Ja, natürlich ist das so. Herr Lindner, natürlich ist das so!

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Das kann ich gerne mit Ihnen im Rahmen eines Privatissimums tun.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Brauche ich nicht!)

Ich habe mich seit 30 Jahren damit beschäftigt – länger als Sie vielleicht.

Armut entfernt sich immer mehr von den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Sozialer Ausgleich und die Fähigkeit, aber auch der Wille zum sozialen Kompromiss sind deshalb Gebot der Stunde. Wir wissen: Materielle Armut ist allzu oft auch Ursache für kulturelle Armut und Bildungsarmut. Wir wissen: Es gibt einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen materiellem Kapital und kulturellem Kapital. Die Philosophie dieser Landesregierung beinhaltet deshalb die Bekämpfung von Armut in all ihren Facetten. Deshalb steht Bildungspolitik auch ganz oben auf der politischen Agenda.

Wir sind offen für jede Diskussion. Wir werden unser Konzept zur Bekämpfung der Armut in Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr vorlegen. Ich hoffe, der Bundesbericht ist nicht allzu sehr geschönt. Ich hoffe, dass sich dort die seriösen Kräfte durchsetzen, und freue mich auf eine angeregte Diskussion mit manchem Hinweis des Abgeordneten Lindner im Hinblick auf die Ideengeschichte im alten Europa. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Schneider. – Ich vermute, Sie haben bemerkt, dass Sie die Redezeit überzogen haben. Zur Information der Kolleginnen und Kollegen: Es waren 4 Minuten und 17 Sekunden, die Sie als Fraktionen selbstverständlich bei der Debattenzeit dazubekommen. Ich will aber gleichzeitig darauf hinweisen,

dass die Debattenzeiten schon relativ großzügig bemessen sind.

Damit eröffne ich die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD Herrn Kollegen Scheffler das Wort.

Michael Scheffler (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Deutschland geht etwas schief. Oder besser gesagt: Es ist etwas in einer Schiefelage, nämlich das soziale Gleichgewicht. Den Reichen geht es immer besser, den Armen immer schlechter. Die Kluft dazwischen wächst. Der Mittelstand schrumpft, wie wir das schon in Großbritannien oder in den USA verfolgen konnten. Die Lasten sind ungleich verteilt. Diejenigen, die den Wohlstand mehrheitlich erarbeiten, werden daran nicht mehr fair und gerecht beteiligt, meine Damen und Herren. Das ist skandalös und für ein reiches Land wie Deutschland ein Armutszeugnis im wahrsten Sinne des Wortes.

Das Unerträglichste ist für mich daran: Betroffen sind vor allem die Schwächsten und Hilflosesten in unserer Gesellschaft, die Kinder. Jedes fünfte Kind unter 18 Jahren lebt in einem einkommensarmen Haushalt. Besonders von Armut betroffen sind Kinder von Alleinerziehenden.

Für Kinder bedeutet das häufig nicht nur materielle Armut. Arme Kinder haben laut Studien im Durchschnitt größere Risiken, krank zu werden und zu bleiben. Sie werden ungesünder ernährt, haben seltener Zugang zu kulturellen Ereignissen, leben in ungünstigeren Wohnverhältnissen und haben auch durchschnittlich geringere Bildungserfolge. Meine Damen und Herren, das bedeutet: Finanzielle Armut tut Kindern wie auch Erwachsenen nicht gut, bringt weitere Armut mit sich und wird ganz häufig auch weitervererbt.

Warum, so müssen wir uns fragen lassen, gibt es in unserem Land so viele arme Kinder? Die Antwort, meine Damen und Herren, ist eigentlich denkbar einfach: Weil es so viele arme Eltern gibt. Es gibt im Übrigen auch keine empirischen Untersuchungen darüber, dass arme Eltern ihre Kinder benachteiligen. Ich kenne nur eine Untersuchung der Stadt Nürnberg, die ganz klar und deutlich dokumentiert, dass auch Eltern, die Hartz IV beziehen, eher auf eigene Dinge verzichten, als dass ihre Kinder nicht genug zu essen haben oder nicht die materielle Ausstattung bekommen, die sie haben müssten. Meine Damen und Herren, auch daran sollten wir heute denken: Es geht nicht um die Lufthoheit über den Stammtischen, sondern wir sollten auch diesen Familien in der Beurteilung und Bewertung gerecht werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Meine Damen und Herren, zurück zu den Gründen. Der erste Grund ist natürlich – Guntram Schneider hat eben darauf hingewiesen – die Erwerbsarmut. Trotz ausgezeichneter Konjunktur und sehr stabiler Wirtschaftslage müssen in Deutschland zu viele Menschen von Niedriglöhnen leben. Teilweise sind sie sogar gezwungen, mit Transferleistungen aufzustoßen.

Man bedenke, dass sich Unternehmen so auf Kosten der Steuerzahler – man kann es schon so sagen – bereichern. Ich sage hier eines ganz klar, meine Damen und Herren: Für die öffentlichen Haushalte wäre es ein gigantisches Einsparprogramm, wenn tarifgerechte Löhne bezahlt würden und keine Aufstockungen vorgenommen werden müssten. Ich glaube, das wäre für die öffentlichen Haushalte ein ausgezeichnetes und guter Beitrag.

Im Übrigen gibt es im Beschäftigungssektor der Dienstleistungen immer noch Bereiche, in denen es keine Tarifverträge, geschweige denn Mindestlöhne gibt. Dazu sage ich eines ganz klar: Es ist gut, dass es jetzt in Nordrhein-Westfalen seit 1. Mai das Tariftreue- und Vergabegesetz mit einem Mindestlohn von 8,62 € gibt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das zeigt nämlich: Wir meinen das ernst, was wir sagen, und wir handeln auch so, meine Damen und Herren.

Seit Jahren ständig sinkende Reallöhne und prekäre Arbeitsverhältnisse wirken sich verheerend auf die Lebenssituation vieler Familien aus. Außerdem ist so absehbar, dass viele arbeitende Menschen nach ihrer Erwerbstätigkeit noch ärmer werden, da sie nämlich keine oder nur unzureichende Rentenansprüche erlangt haben. Altersarmut ist hier vorprogrammiert.

Meine Damen und Herren, der zweite Grund: Die Empfänger von Transferleistungen nach SGB II – Hartz IV – sind arm. Ich glaube, daran werden wir alle zusammen nicht deuteln wollen. Dass Kinder in SGB-II-Familien automatisch mit darunter leiden, ist für mich nicht hinnehmbar. Wir wissen, das Kindergeld wird auf den SGB-II-Bezug mit angerechnet, und viele Eltern haben nach wie vor Schwierigkeiten, ihren Kindern die notwendigsten Wünsche zu erfüllen.

Mangelnde Bildungsmöglichkeiten verfestigen aber die Armut bis in die nächste Generation, und so entsteht ein immer wiederkehrender Teufelskreis, der nicht nur die Betroffenen schädigt, sondern auch unserer Gesellschaft ganz viele Potenziale vorenthält. Deswegen ist das, was die Ministerpräsidentin auf den Weg gebracht hat – sie hat nämlich gesagt, dass wir kein Kind zurücklassen wollen –, der richtige bzw. der einzig richtige Weg, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben es vorher gewusst, aber es ist jetzt noch einmal dokumentiert worden: Das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung hat daran nichts geändert. Es hat sich letztendlich nur als Bürokratiemonster entpuppt, das kaum in Anspruch genommen wird.

(Beifall von der SPD)

Nur knapp die Hälfte der Leistungen wurde in NRW abgerufen, und davon wurden die wenigsten Mittel für Lernförderung oder soziale und kulturelle Teilhabe ausgegeben.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat alles darangesetzt, die zuständigen Behörden mit Arbeitshilfen und Gesprächen bei der Umsetzung zu unterstützen. Das Bildungs- und Teilhabegesetz ist aber einfach zu kompliziert. Jetzt müssen alle Anstrengungen unternommen werden, damit die Kinder doch noch die Leistungen erhalten, die das Bundesverfassungsgericht ihnen zugesprochen hat. Kurzfristig bleibt für uns daher das Ziel, dass wir eine verfassungsgemäße, das heißt eine transparente, sachgerechte und realitätsgerechte Berechnung der Regelsätze haben wollen, gerade auch für Kinder.

Ein weiterer Punkt, der zur Armut beiträgt, sind die fehlenden Betreuungsmöglichkeiten. Vielen Alleinerziehenden fehlt schlicht und einfach die Möglichkeit, Vollzeit arbeiten zu gehen.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Alleinerziehende Mütter oder Väter würden gerne arbeiten, wenn sie ihre Kinder nur sicher betreut wüssten. Ohne vernünftige Betreuungsmöglichkeiten, insbesondere für unter Dreijährige, haben es Eltern schwer, über die Runden zu kommen – auch wenn sie nicht alleinerziehend sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist gut, dass diese rot-grüne Landesregierung im Sommer 2010 Gas gegeben hat, den U3-Ausbau zu forcieren,

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

nachdem die Vorgängerregierung hier kläglich versagt hat. Das werden Sie sich immer wieder anhören müssen.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen eines: Da hilft eine Herdprämie in Höhe von 100 € ebenso wenig wie die wieder eingekassierte Putzprämie für Haushaltshilfen – zur Not noch mit einem Stundenlohn von 6 €. Da frage ich mich, wo die Lohnuntergrenze von Herrn Laumann geblieben ist. Die haben Sie anscheinend genauso beerdigt wie alles andere.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das waren einige der wichtigsten Gründe für Armut bei Kindern und Familien.

Wir haben noch andere besorgniserregende Fälle von Armut zu beklagen. Rentnerinnen und Rentner leben oft in Armut. Viele Menschen leben in sogenannter versteckter Armut, weil sie zu stolz sind, Hilfen zu beantragen.

Wer aufmerksam durch seine Stadt geht, wer häufig im Zug unterwegs ist, wird immer mehr Menschen sehen, die Papierkörbe durchwühlen, die gucken, ob es irgendwo Dinge gibt, die sich noch gebrauchen lassen, etwa Pfandflaschen, die hinterher eingelöst werden können. Wer dieses Signal in der Gesellschaft nicht wahrnimmt, der sollte sich mal eines Besseren belehren lassen und überlegen, wo in unserer Gesellschaft der soziale Zusammenhalt fehlt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Meine Damen und Herren, wie wir gehört haben, sind auch in Nordrhein-Westfalen Armut und Ungleichverteilung gestiegen. Eines aber ist gut und erfreulich: dass sich die Landesregierung der Problemlage annimmt und nach konstruktiven und vernünftigen Lösungen sucht. Die Lösungsvorschläge zur Bekämpfung der Armut lauten:

Wir brauchen einen flächendeckenden und branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohn. Nur so sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Lohndumping zu schützen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir müssen weiter am Ausbau der U3-Betreuung festhalten.

Wir müssen, langfristig gesehen, dafür sorgen – das Bildungs- und Teilhabepaket ist dazu wenig geeignet –, in Deutschland eine Kindergrundsicherung zu bekommen, die den grundlegenden Bedarf regelt und damit den Kindern ein Existenzminimum gewährt. Sie sollte – da gibt es Berechnungen – 536 € im Monat betragen. Ich glaube, das ist ein Ziel, für das es sich zu kämpfen lohnt. Das machen uns die Arbeiterwohlfahrt, das Zukunftsforum Familie oder auch der Deutsche Kinderschutzbund vor. Ich meine, wir sollten sie gemeinsam unterstützen, damit dieses Ziel auf der langen Strecke auch erreicht wird.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Man muss heute festhalten, dass das gesamte Fördersystem der Familienpolitik intransparent, bürokratisch und in vielen Teilen sozial ungerecht ist. Deshalb reicht es nicht mehr aus, an einzelnen Schraubchen im System zu drehen, sondern wir müssen dafür sorgen, für die Kinder in unse-

rer Gesellschaft eine dauerhafte und langfristige Perspektive zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, als weiterer Baustein gegen Armut gilt für uns eine konsequente Bildungspolitik, die von Anfang an auf einen erfolgreichen Bildungsverlauf setzt: von der konsequenten Förderung im Elementarbereich bis hin zu einem gerechten Schulsystem mit längerem gemeinsamem Lernen. Bildungsinvestitionen sind die beste Armutsprävention.

Dazu gehört für mich allerdings auch, dass den Jugendlichen und Kindern in unserem Land nach einem erfolgreichen Schulabschluss eine ausreichende Zahl an Ausbildungsplätzen angeboten wird. Auch da müssen wir leider feststellen, dass wir, obwohl uns im Laufe des Jahres immer wieder andere Meldungen erreicht haben, ein Defizit haben. 100 Jugendlichen standen in diesem Jahr 70 Ausbildungsplätze gegenüber, die besetzt werden konnten.

Für mich passt es nicht zusammen, wenn wir auf der einen Seite Programme auflegen, um den Fachkräftemangel zu beheben, auf der anderen Seite die Wirtschaft aber nicht ihrer Verpflichtung nachkommt, ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich appelliere ganz dringend an die Wirtschaft, in diesem und im nächsten Jahr dafür zu sorgen, dass jeder Jugendliche in Nordrhein-Westfalen auch einen Ausbildungsplatz bekommt. Das ist unabdingbar.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Wir wissen auch, dass es bei uns nach wie vor eine Vielzahl von Minijobs gibt. Leider können die Minijobinhaber ihre Rechte als Arbeitnehmer nicht wahrnehmen. Sie werden nicht an Weiterbildung oder am beruflichen Fortkommen beteiligt. Auch arbeitsrechtliche Bestimmungen werden leider oft nicht eingehalten – ganz zu schweigen von den Stundenlöhnen, die nicht den Tarifen entsprechen. Damit wird gegen das Teilzeit- und Befristungsgesetz verstoßen. Gleichzeitig werden, wie wir wissen, häufig nur tatsächlich geleistete Arbeitsstunden bezahlt. Den Minijobinhabern werden Lohnfortzahlung bei Krankheit und an Feiertagen sowie bezahlter Urlaub vorenthalten.

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass viele Menschen auf Minijobs angewiesen sind, um ihre schmale Rente aufzustocken. Aber wer in unserer Gesellschaft „Equal Pay“ will, wer dauerhaft Renten haben will, von denen man auch leben kann, der muss dafür sorgen, dass Minijobs in unserer Gesellschaft eingedämmt werden.

Meine Damen und Herren, wir brauchen dringend – das ist ein weiterer Pfeiler gegen Armut – ein ge-

rechtes und armutsfestes Rentensystem. Lebenslange Arbeit soll sich im Alter lohnen. Langjährige Beitragszahlung in die gesetzliche Rentenversicherung muss zu einer Rente deutlich oberhalb der Grundsicherung führen, die alle Menschen im Alter erhalten können. Deswegen hat die SPD am vorigen Wochenende im Hinblick auf die Solidarrente beschlossen, dass die Rente für langjährig Versicherte nicht unter 850 € liegen soll.

Ich kann Ihnen nur sagen: Das, was Frau von der Leyen mit der Zuschussrente vorhat, ist für mich nichts anderes als eine Beleidigung der Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, die in der Nachkriegszeit dafür gesorgt haben, dass unser Land aufgebaut wurde. Das ist nicht der Weg, den wir mitgehen wollen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Darüber hinaus brauchen wir – Minister Guntram Schneider hat eben darauf hingewiesen – eine Wiedereinführung der Vermögensteuer, wie es unser Finanzminister im Sommer bereits angekündigt hat. Wir sind außerdem dafür, dass der Spitzensatz angehoben wird. Auf europäischer Ebene brauchen wir zudem eine Finanztransaktionssteuer.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

All das kann man zügig umsetzen, wenn man nur will, meine Damen und Herren. Es gibt ja den bekannten Satz: Wer nicht will, findet Gründe, wer will, findet Wege. – Ich wäre sehr erfreut, wenn sich die Bundesregierung einmal an dieser Maxime orientieren würde.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Minister Schneider hat eben darauf hingewiesen, dass wir alle mit großem Erstaunen vernommen haben, was in den letzten Tagen mit dem Bundessozialbericht passiert ist. Die schwarz-gelbe Koalition hat den Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichtes auf Betreiben der FDP deutlich – wenn man es schön formuliert – geglättet und damit für die Bundesregierung unliebsame Passagen gekürzt. Die immer weiter auseinander klaffende Schere zwischen Arm und Reich, der Zuwachs des Niedriglohnssektors und der Einkommensarmut sowie die Gefährdung des sozialen Friedens durch unterschiedliche Lohnentwicklungen werden durch diese Streichung schlichtweg negiert. Damit werden die Probleme vieler Menschen nicht anerkannt.

(Christian Lindner [FDP]: Das Motiv sollten Sie auch nennen! Das bezieht sich doch auf Ihre Politik!)

Meine Damen und Herren: Die Politik in Nordrhein-Westfalen unterscheidet sich ganz wesentlich von der Politik der Bundesregierung. Wir verschweigen die Probleme nicht, wir kennen sie.

(Christian Lindner [FDP]: Sie haben sie auch zu verantworten!)

Wir beschönigen die Probleme nicht, sondern packen sie an, Herr Lindner. Daran sollte sich die Bundesregierung mal ein Beispiel nehmen. So kann man im Sinne der Menschen Politik machen. Ich bin sicher, dass wir mit dem Handlungskonzept gegen Armut in dieser Legislaturperiode etwas für die Menschen, für die Kinder in Nordrhein-Westfalen tun. – Herzlichen Dank und Glück auf, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Scheffler. – Für die Fraktion der CDU hat der Kollege Preuß das Wort.

Peter Preuß (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hoffe, wir sind noch bei Tagesordnungspunkt 1. Ich möchte nämlich zum Sozialbericht sprechen und nicht zu dem, was permanent am Sozialbericht vorbei gesagt worden ist.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Es gibt offenbar Strukturen, aus denen von Armut betroffene Menschen trotz staatlicher Hilfen aus eigener Kraft nicht mehr herauskommen. – Das ist die Kernaussage des Sozialberichts 2012. Diese Strukturen müssen aufgebrochen werden. Dazu ist konkretes Handeln erforderlich.

Caritas-Direktor Dr. Hensel hat deshalb anlässlich der Vorstellung des Sozialberichts 2012 eine bessere Vernetzung sozialer Infrastrukturen gefordert, statt mit immer neuen Modellen und Projekten Erfahrungen zu sammeln, die wir schon kennen. Hier ist die Landesregierung in der Pflicht.

Natürlich ist es Sache der Politik, eine Bewertung des Sozialberichts vorzunehmen und vor allem aufgrund der gewonnen Erkenntnisse Handlungsoptionen aufzuzeigen. Gerade hierin zeigt sich aber die Hilflosigkeit der Landesregierung bei der Bekämpfung von Armut. Ich habe kein Verständnis dafür, Herr Minister Schneider, dass Sie von den Feststellungen des Sozialberichts abzulenken versuchen, stattdessen Wahlkampf in Richtung Berlin machen

(Beifall von der CDU)

und im Übrigen glauben – wohl aus ideologischen Gründen –, prekäre Beschäftigung als Ursache für Armut ausfindig machen zu können.

Der Sozialbericht 2012 nennt andere Ursachen für Armut, nämlich die Arbeitslosigkeit, die geringe Qualifizierung und – man höre! – die Verschuldung öffentlicher Haushalte.

(Beifall von der CDU)

Konkrete Hilfen für von Armut Betroffene nennt der Minister nicht. Wieder einmal wird bestenfalls ein

nebulöses Programm gegen Armut, so beispielsweise „Bild“-online am 16. Oktober, in Aussicht gestellt. Dabei sind die Zahlen mehr als eindeutig und mahnen in der Tat, zu handeln. Das Armutsrisiko ist von 14,7 % in 2010 auf 15,8 % in 2011 gestiegen, wohlgemerkt: von 2010 auf 2011. Dramatisch sind die Entwicklungen in einzelnen Bevölkerungsgruppen, die ohnehin ein überdurchschnittliches Armutsrisiko aufweisen. Dieses stieg zum Beispiel bei Geringqualifizierten von 36,2 % im Jahr 2010 auf 39 % in 2011.

Dabei ist – darauf ist eben schon hingewiesen worden – die wirtschaftliche Entwicklung positiv. Die Bruttolöhne steigen. Der Arbeitsmarkt ist entspannt wie lange nicht mehr. Lag die Arbeitslosenquote in NRW im Oktober 2005 noch bei 11,8 % – als Steinbrück abgewählt worden ist, hatten wir über eine Million Arbeitslose und den niedrigsten Anteil an Frauenbeschäftigung in der ganzen Bundesrepublik Deutschland –,

(Beifall von Walter Kern [CDU])

so lag sie im Oktober 2012 bei lediglich 7,9 %. Der Schnitt im europäischen Ausland beträgt 22,6 %.

Es wird nun darauf hingewiesen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird. Das hat etwas – auch das hat der Minister eben gesagt – mit Relation, mit den Tücken der Statistik zu tun. Je besser die Lage, desto größer ist das Armutsrisiko. In der prosperierenden Stadt Stuttgart beispielsweise ist das Armutsrisiko größer als in Berlin. Es muss also ganz spezifische Gründe – darauf will ich hinaus – für Armut geben, und die sind erkennbar.

Wenn wir seriöse Politik zur Bekämpfung von Armut machen wollen, müssen wir konkret hinschauen und konkret handeln. Mit einem ideologischen Streit, mit einer großartig propagierten Umverteilung von Vermögen ist keiner betroffenen Familie geholfen.

Der Sozialbericht erfordert vielmehr eine breite sozialpolitische Diskussion. Das ist eine Querschnittsaufgabe, die durch alle Ausschüsse des Landtages gehen muss und in die die Sozialverbände selbstverständlich einbezogen werden müssen.

Der Sozialbericht zeigt, dass sich Armut in unserem Land verfestigt. Eine Studie des Allensbacher Instituts – die wurde in dieser Woche veröffentlicht – stellt fest: Die Mehrheit der aus einfachen Verhältnissen stammenden Deutschen unter 30 Jahren glaubt nicht, dass ein Aufstieg in eine höhere soziale Schicht möglich ist.

Der Schlüssel liegt also in der Bildung und in der Durchlässigkeit des Bildungssystems. Bildung muss besser werden und muss vor allem die Menschen erreichen. Es müssen Mechanismen geschaffen werden, damit kein Kind und kein Jugendlicher ver-

loren geht oder auch nur das Gefühl bekommt, nicht wahrgenommen oder nicht gefördert zu werden.

Deshalb ist es richtig, den Übergang von Schule und Beruf so nahtlos zu regeln, dass kein Schüler auf der Strecke bleiben kann.

Viel zu viele junge Menschen starten ohne einen Schulabschluss in das Erwachsenenleben. Laut der Studie „Bildungschancen vor Ort“ des Deutschen Caritasverbandes und des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung von 2011 lag im Jahre 2009 der Anteil der Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss in NRW bei 3,4 % bis 11,4 %. Es gibt also eine Bandbreite. Der Anteil der Beschäftigten ohne Berufsabschluss lag zwischen 12,1 und 22,3 %. Nur 22 % der Jugendlichen ohne Schulabschluss finden einen Arbeitgeber, der sie ausbildet. Mit einem Schulabschluss liegt diese Quote bereits bei 50 %.

Diese Zahlen zeigen die Wechselwirkung zwischen Bildung und den Chancen, am Arbeitsmarkt teilzuhaben, statt schon früh in die Arbeitslosigkeit abzurutschen.

Minister Schneider kommt zu folgendem Schluss: Er setzt die sogenannten prekären Beschäftigungen wie Leiharbeit in einen direkten Zusammenhang mit dem Arbeitsrisiko und will Leiharbeit regulieren und insgesamt der Prekarisierung der Arbeitswelt entgegenwirken, allerdings ohne zu sagen, wie. Er nutzt den Sozialbericht, um sich mit ideologisch besetzten Themen wie Mindestlohn und prekären Beschäftigungsverhältnissen zu profilieren. Das ist reine Sozialromantik ohne Wirkung.

Dabei ist auch hier der Kern des Problems ein anderer. Geringfügige Beschäftigungen, die Zusatzverdienste ermöglichen, Leiharbeit, die Arbeitsspitzen abbauen soll, und Befristungen, die ja auch Qualifizierungen ermöglichen, sind an sich keine schlechten Instrumente und führen auch nicht automatisch zu Armut. Solche Beschäftigungen bieten immer auch eine Chance für einen Einstieg oder Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt.

(Beifall von der CDU)

Wie die eben genannten Zahlen zur Arbeitslosigkeit belegen, hat ja gerade die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zu mehr Beschäftigung geführt. Würden wir zum Beispiel die Befristungen wieder abschaffen, wären Schwangerschaftsvertretungen, wissenschaftliche Projektarbeiten und auch die Übernahme von Auszubildenden zukünftig nicht mehr oder nur noch eingeschränkt möglich. Eine Politik von Rot-Grün, vor der uns Schwarz-Gelb bewahren möge!

Selbstverständlich bedeuten etwa Befristungen auch unsichere Lebensverhältnisse und fordern von den Arbeitnehmern ein hohes Maß an Flexibilität. Das ist aber unabhängig von der Frage, dass wir eine Lohnuntergrenze brauchen, die von den Tarif-

partnern festgesetzt wird. Und die Lohnuntergrenze wird noch kommen; davon bin ich fest überzeugt.

(Beifall von der CDU)

Grundsätzlich sind wir uns aber doch wohl einig, dass eine geringfügige Beschäftigung oder eine befristete Beschäftigung immer noch besser ist als keine. Denn so verliert der Arbeitnehmer nicht den Anschluss an die Arbeitswelt und hat auch keine Lücken in seinem Lebenslauf.

Was wir tun müssen: Wir müssen den Missbrauch, zum Beispiel Kettenverträge oder Scheinwerksverträge, verhindern

(Beifall von Walter Kern [CDU])

und den „Equal Pay“-Grundsatz in der Leiharbeit durchsetzen. Ich füge hinzu: Auch über das Synchronisierungsverbot muss noch gesprochen werden.

(Beifall von der CDU – Zuruf von den GRÜNEN: Das reicht aber alles nicht!)

Aber das sind Missbrauchstatbestände. Wir können diese Form von Beschäftigungen nicht grundsätzlich infrage stellen. Sie sind ein sehr wichtiges Instrument, um Menschen in Arbeit zu bringen.

Ein weiteres beliebtes Thema ist natürlich die großartige Umverteilung mithilfe einer Vermögen- oder Reichensteuer. Wer in diesem Hause glaubt denn wirklich, dass solch eine Steuer die Situation von Menschen in unserem Lande wirklich verbessert? Werden denn tatsächlich einem in Armut lebenden Kind direkt Mittel zukommen, damit zum Beispiel ein Paar neue Turnschuhe gekauft oder das Schulesen bezahlt werden kann?

Meine Damen und Herren, Geldmittel sind doch vorhanden. Warum wird denn zum Beispiel das Bildungs- und Teilhabepaket nicht so organisiert, dass die zur Verfügung stehenden Mittel auch tatsächlich bei den Kindern ankommen?

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Nein, das ist Ländersache. Sie können nicht jedes Mal auf den Bund verweisen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Natürlich!)

Die Verteilung der Mittel, die zur Verfügung stehen, ist Sache der Länder!

Familien müssen wahrgenommen werden und die Unterstützung erhalten, die sie individuell benötigen, wenn nötig eben auch mit einer gesetzlichen Verpflichtung wie bei der Erziehungshilfe, die unter Umständen verpflichtend in Anspruch genommen werden muss.

Nur mit solchen Instrumenten werden wir langfristig nicht nur das Niveau der Bildung an sich, sondern auch das Niveau der notwendigen und oft vermissten sozialen Bildung – der sozialen Kompetenz, kann man auch sagen – sicherstellen.

Wenn wir beim Thema „finanzielle Mittel“ sind, muss natürlich auch auf die Situation der Kommunen eingegangen werden. Der Sozialbericht nennt auf Seite 35 die bekannten erschreckenden Zahlen. Ende 2011 befanden sich 177 der 430 Gemeinden und Gemeindeverbände in Nordrhein-Westfalen in der Haushaltssicherung. Davon standen 144 Kommunen unter Nothaushaltsrecht. In 42 dieser Kommunen war die Überschuldung des kommunalen Haushalts bereits eingetreten oder drohte im Finanzplanungszeitraum einzutreten.

Der Bericht bringt es dann auf Seite 35 auf den Punkt. Dort heißt es:

„Die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte setzt die Rahmenbedingungen für die Gestaltung der Sozialpolitik sowohl auf Landesebene als auch in den Kommunen.“

Durch die viel propagierte Verschuldenspolitik setzt die Landesregierung den Grundstein für schlechte Sozialpolitik: die Förderung von Armut. Unverständlich ist, die Beitragsfreiheit für das dritte Kindergartenjahr für alle einzuführen, was nicht den armen Familien zugutekommt, die ohnehin nicht zahlen müssen. Es werden immer mehr Schulden, Schulden und nochmals Schulden gemacht, und damit wird die Sozialpolitik stranguliert.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss und stelle fest, dass hier keinerlei konkrete Maßnahmen und Hilfen zur Bekämpfung der Armut von der Landesregierung vortragen werden.

Ich kann mich in dieser Hinsicht nur einem früheren Kollegen, den ich persönlich nicht kenne, dem Abgeordneten Kreuz – übrigens von den Grünen –, anschließen, der schon im Februar 1992 zur Einführung der Sozialberichterstattung bemerkte – Plenarprotokoll 11/56 –:

„Berichte gehören ja zu den Dingen, zu denen sich die Landesregierung noch am ehesten bereitfindet, weil damit sozusagen Problembewusstsein dokumentiert und der Öffentlichkeit nach dem Motto: Gefahr erkannt, Gefahr gebannt! suggeriert werden kann, es passiere jetzt real etwas.“

Ich muss leider feststellen, dass dieses Zitat zeitlos ist und heute noch gilt. Denn auch heute wird den Menschen in unserem Land großes Verständnis für zahlreiche Probleme und wilden Aktionismus vorgegaukelt, passieren tut jedoch tragischerweise nichts.

Ich möchte nochmals betonen, dass der Sozialbericht 2012 über die Parteigrenzen hinaus eine breite Diskussion erfordert. Das würde ich mir auch wünschen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Preuß. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Grochowiak-Schmieding das Wort.

Manuela Grochowiak-Schmieding (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Erstes möchte ich meinen Dank an den Herrn Minister richten für diesen ausführlichen, detailreichen und ehrlichen Sozialbericht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte auch für die Gelegenheit danken, meine erste Landtagsrede zu einem solch wichtigen Thema halten zu können.

Meine Damen und Herren, Deutschland ist eines der reichsten Länder der Erde. Deutschland ist das reichste Land in Europa. In Deutschland stehen wenige Superreiche immer mehr Menschen gegenüber, die in Bedrängnis geraten sind und sich fragen, wie und wovon sie ihren Lebensunterhalt überhaupt bestreiten sollen.

Der Sozialbericht des Landes NRW attestiert uns eine Gesellschaft, in der die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht – eine Tatsache, die sich durch Streichung oder Verwässerung unbequemer Wahrheiten so, wie die FDP das auf Bundesebene offenbar tut, nicht auflösen lässt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dieses Verhalten des Bundeswirtschaftsministers, Philipp Rösler von der FDP, dokumentiert sehr anschaulich seine fehlende Empathie und seine mangelnde Bodenhaftung.

Meine Damen und Herren, auch der Aufruf der Bundesministerin für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz, Frau Aigner, für die Tafeln in München Lebensmittel zu spenden, weil Lebensmittel nicht in den Müll gehören, lenkt in Wahrheit doch nur davon ab, dass Tafeln und Suppenküchen nötig geworden sind, damit sich Arme ernähren können. Nein, meine Damen und Herren, Verleugern und Vernebeln sind keine Lösung.

Vielmehr müssen wir ganz genau hinschauen: Wer ist von Armut betroffen, welche Ursachen hat Armut, und wie wirkt sie bei den Menschen und in der Gesellschaft?

Der Sozialbericht trifft hierzu ganz klare Aussagen. Risiken für Armut sind unter anderem Migrationshintergrund, Alter, Jugend und Behinderung. Ich kann es auch drastisch ausdrücken: Alle, die etwas anders sind oder die ganz einfach etwas mehr Zeit für die Dinge brauchen, laufen Gefahr, aus dem System zu kippen. Das fängt schon in Kita und Schule an. Kinder, deren Eltern einen geringen sozialen Status genießen, Kinder aus kinderreichen Familien, Kinder mit ausländischen Wurzeln, Kinder, die

bei einem alleinerziehenden Elternteil leben, haben geringere Chancen, werden in einem auf Aussortieren spezialisierten Schulsystem eher an den Rand gestellt als andere.

Vielen Kindern fehlt es an einer ermutigenden Erziehung, einer Unterstützung durch ihre Eltern, wodurch sie einerseits lernen, sich zu behaupten, andererseits aber auch lernen, Rückschläge wegzustecken, ohne gleich zu verzagen. Kinder werden zu oft seelisch und körperlich durch die Rohheit von Erwachsenen verletzt. Dadurch werden sie gehemmt, sich zu sozialisieren oder schlicht und ergreifend gute Leistungen in der Schule zu bringen.

Meine Damen und Herren, viele Jobs werden so schlecht bezahlt, dass die Menschen davon nicht leben können, und das sind dann die sogenannten Aufstocker.

Mittlerweile sind hiervon nicht mehr nur Geringqualifizierte betroffen, nein, auch gut ausgebildete Fachkräfte und ebenso Akademikerinnen und Akademiker. Ich spreche von Männern und Frauen, die einen oder mehrere Jobs haben, die tagtäglich ihrer Arbeit nachgehen und zum Wohlstand der Gesellschaft beitragen, aber sich von ihrer Hände Arbeit nicht ernähren und nicht kleiden können.

Sprüche wie „Leistung statt Neid“ oder „Leistung muss sich lohnen“ kommen bei diesen Menschen wie blanker Zynismus an.

(Beifall von den GRÜNEN)

Darüber hinaus kann mit Niedriglöhnen kein ausreichender Rentenanspruch erworben werden. Auch die von Frau von der Leyen propagierte Zuschussrente läuft bei diesen Menschen ins Leere, selbst wenn sie 40 Jahre in dieses System einbezahlen würden. Arme können es sich kaum erlauben, zusätzlich auch noch private Vorsorge zu leisten. Auch hier Augenwischerei der Bundesregierung, statt pragmatische und wirkungswolle Lösungsvorschläge zu liefern!

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Dann doch besser eine Grundrente aus einer von allen Einkommen gespeisten Bürgerversicherung, wie wir Grüne sie seit Jahren in die Diskussion einbringen!

Meine Damen und Herren, ein Arbeitsmarkt, der mit immer weniger Beschäftigten immer mehr Arbeit bewältigen will, wird dem Bedarf an Arbeitsplätzen und der Fürsorgepflicht für seine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht gerecht. Die einen bekommen erst gar keine Arbeit, und die anderen werden arbeitslos, wenn sie wegen Stress am Arbeitsplatz längerfristig erkranken.

Die psychischen Behinderungen – ich spreche nicht von Erkrankungen, sondern von manifesten Behinderungen – bei Erwachsenen haben sich signifikant

erhöht. Die Kosten hierfür werden natürlich gerne sozialisiert.

Ganz krass wird es, wenn Menschen einen besonderen Hilfebedarf haben. Nicht nur das alltägliche Leben wird durch zum Teil unüberwindliche Barrieren behindert, nein, diesen Menschen war lange Zeit beschieden, praktisch von Kindheit an ihr Leben in Sondereinrichtungen zu verbringen. Die Gelegenheit, ein selbstständiges Leben zu führen, war gar nicht eingeplant, schon gar nicht die freie Wahl auf einen Arbeitsplatz oder die freie Wahl des Wohnorts.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Nun, hier findet nicht zuletzt durch die UN-Konvention zum Recht von Menschen mit Behinderungen ein Umdenken statt. Wenn wir im Lande die Maßnahmen aus dem Aktionsplan der Landesregierung konsequent umsetzen, werden wir feststellen, dass Inklusion der gesamten Gesellschaft zugute kommt.

Inklusion, also Teilhabe, ist auch im heutigen Kontext das richtige Stichwort. Denn was macht Armut mit den Menschen? – Armut grenzt aus. Armut macht krank. Armut macht einsam. Die Menschen werden mutlos, verzweifeln an sich selbst und am System, geben sich selbst verloren. Traurige Beispiele hierzu können Sie im Sozialbericht im Kapitel „Armen eine Stimme geben“ nachlesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir leben in einer gut strukturierten Gesellschaft. Ja, tatsächlich, wir verfügen über Kindertagesstätten, über Schulen, Ausbildungseinrichtungen. Wir haben ein leistungsfähiges Gesundheits- und Pflegesystem. Vielfältige Angebote in Sport und Kultur bieten Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung für alle. Für alle? – Nein! Wer arm ist, kann alle diese Angebote nicht oder nur eingeschränkt wahrnehmen, und zwar nicht etwa, weil er oder sie zu dumm, unwillig oder desinteressiert ist, sondern oftmals geht es um so etwas Profanes wie die Karte für Bus oder die Bahn, die nicht bezahlt werden kann und weshalb man erst gar nicht zum Ort des Geschehens hinkommt.

Sport und Kultur haben fast immer mit Gebühren oder Eintrittsgeldern zu tun. Selbst der Arztbesuch kann wegen der Zuzahlungen im Gesundheitswesen unerschwinglich werden.

„Arm am Beutel, krank am Herzen“, hat schon Johann Wolfgang von Goethe seinen Schatzgräber sagen lassen. Tatsächlich lässt sich Armut nicht nur am Geldbeutel festmachen: Wer arm ist, lebt weniger gesund. Beispielsweise führen eingesparte Arztbesuche oft genug zur Chronifizierung einer Krankheit mit den entsprechend höheren Folgekosten.

Ein anderes Beispiel: Eine Mutter hat gerade einmal 8 € Budget pro Tag für Lebensmittel und ist damit

kaum in der Lage, sich und ihr Kind ausgewogen und gesund zu ernähren.

Wer arm ist, empfindet kaum positives Sozialprestige. Menschen, die in Armut leben, fehlt die Freiheit, das Leben zu führen, das sie gerne führen möchten. Sie fühlen sich ausgeschlossen und stehen am Rande unserer Gesellschaft.

Sprüche wie „Hilf Dir selbst, dann gehörst Du dazu! Du musst Dich einfach ein bisschen anstrengen! Sei nicht so faul!“ sind wenig hilfreich. Sie kommen von einer überwiegend an ökonomischem Wachstum und am eigenen Profit orientierten Gruppe, deren Grad der Entsolidarisierung damit sehr deutlich wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir wollen Wachstum, meine Damen und Herren. Ja, wir wollen Wachstum, allerdings ein Wachstum, das sich am Gemeinwohl orientiert und an dem alle Mitglieder der Gesellschaft partizipieren können.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Das legen Sie fest?)

– Sie ganz bestimmt nicht!

Damit dies gelingt, müssen wir weiter in die Qualität von Kitas und Schule investieren. Wir brauchen keine Schulen, die aussortieren, sondern wir brauchen Schulen, die ausbilden, und zwar gemeinsam alle Kinder, ungeachtet ihres sozialen oder kulturellen Hintergrunds, egal ob mit oder ohne Handicap. Wir hier in NRW sind auf einem sehr guten Weg.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir brauchen einen gerechten, existenzsichernden und fairen Arbeitsmarkt. Menschen, die heute im Leistungsbezug der Sozialgesetzbücher sind, brauchen keine Belehrungen oder Sanktionen. Diese Menschen brauchen in erster Linie Hilfe, Hilfe und Unterstützung zur Befähigung, ihr Leben wieder selbst in die Hand zu nehmen. Und sie brauchen jetzt – jetzt! – die Absicherung ihres Existenzminimums. Hierzu ist eine verfassungskonforme Anhebung des Hartz-IV-Satzes durch die Bundesregierung nötig. Das Bundesverfassungsgericht hat das der Bundesregierung ja bereits ins Stammbuch geschrieben.

Wer möchte, dass die Transferleistungen von heute in der Zukunft nicht mehr nötig sein werden, wird den Umbau unserer Gesellschaft in ein gerechtes, ein inklusives Gemeinwesen befürworten.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Hierzu sind größte Anstrengungen nötig. Die präventive Politik der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen, also Rot-Grün, ist der richtige Ansatz. Hilfen bei Erziehung, Bildung, Arbeit, Gesundheit, Pflege und Freizeitgestaltung; Hilfen, die darauf zielen, alle Menschen am strukturellen

Reichtum unserer Gesellschaft teilhaben, ja teilnehmen zu lassen.

Zu teuer? – Na ja, was wir zurzeit treiben, ist auch nicht gerade billig. Und was Perspektivlosigkeit an Scherbenhaufen anrichtet und was die Nachsorge, das alles wieder abzuräumen, kostet, wissen wir mittlerweile auch.

Im Übrigen ist das Geld ja da. Es muss einfach nur ein bisschen anders verteilt werden. Denn: Sie von CDU und FDP können doch nicht ernsthaft meinen, dass es anständig ist, wenn 20 % der Haushalte 71 % des Gesamtvermögens untereinander aufteilen!

(Widerspruch von Dr. Stefan Berger [CDU])

Die Mehrheit der Bevölkerung hat ein ganz klares Urteil: Das ist nicht anständig, das ist ungerecht!

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Zusammenhalt der Gesellschaft ist ein wichtiges Gut. Die Überwindung der Gerechtigkeitslücke ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir tun gut daran, alle gesellschaftlichen Kräfte zu mobilisieren. Ungeachtet der unterschiedlichen Ansätze in unseren Parteien und Fraktionen halte ich es für absolut wichtig, dass wir Wege finden, dies gemeinsam zu tun. – Recht schönen Dank!

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin. Dies war Ihre erste Rede. Herzlichen Glückwunsch zu dieser Rede und diesem Beitrag!

(Allgemeiner Beifall)

Für die FDP-Landtagsfraktion spricht nun der Kollege Alda.

Ulrich Alda (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Zuschauer auf den Rängen! Liebe Kollegin, Glückwunsch zu Ihrer ersten Rede, zumal gleich einer so langen.

Bevor ich zum Thema komme: Herr Schneider, seien Sie mir nicht böse, aber wenn Sie einmal Wissenschaft betrieben hätten: Es ist nicht alles, was ein Wissenschaftler feststellt, sofort Gesetz für alle Zeiten. In der wissenschaftlichen Literatur wird zu Ihren Ausführungen stehen: Hier irrt Schneider.

(Beifall von der FDP – Minister Guntram Schneider: Bei den Doktorarbeiten kennen sich die Liberalen aus!)

– Das machen wir einmal privatissimo. Okay?

(Beifall von der FDP)

Zum Thema. Für die FDP ist klar: Menschen, die von Armut betroffen sind, brauchen unsere Unter-

stützung und verdienen unsere Solidarität. Da haben wir hier im Haus keinen Dissens.

Für die korrekte Einordnung und Bewertung der Ergebnisse des Sozialberichts muss man allerdings wissen, was mit dem Begriff der „relativen Einkommensarmut“ gemeint ist. Einkommensarm ist man, wenn man heute über weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Bevölkerung in unserem schönen Land verfügt.

Als einkommensarm galt man 2010, wenn man über ein gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen von monatlich weniger als 815 € verfügte. Herr Schneider, Sie sprachen von 830 €. Auch da sind die wissenschaftlichen Wege der Berechnung wieder unterschiedlich.

(Minister Guntram Schneider: 833 €)

– 833 €. – Im Fall von zwei Erwachsenen mit zwei Kindern im Alter von unter 14 Jahren lag die Armutsschwelle bei 1.711 € pro Monat. Danach galt 2010 jede siebte Person in NRW als von relativer Einkommensarmut betroffen.

Es gibt jedoch deutliche regionale Unterschiede bei der Verteilung des Armutrisikos. So lag die Armutrisikoquote im Ruhrgebiet bei 17,9 %, was mir besondere Sorgen macht, im Münsterland jedoch nur bei 11,8 %. In Südwestfalen, wo ich auch verantwortlich zeichne, lag sie bei 13,6 %. – Das in der immerhin drittstärksten Wirtschaftsregion der Bundesrepublik.

Die Armutrisikoquote ist, wie der Sozialbericht besagt, trotz einer positiven Wirtschaftsentwicklung in 2011 auf 15,8 % gestiegen. In diesem Zusammenhang sollten wir aufpassen, dass hier nicht eine weitere Deindustrialisierung stattfindet, wie sie gerade von den Grünen forciert wird.

(Beifall von der FDP – Widerspruch von den GRÜNEN)

Aufgrund der regionalen Unterschiede hinsichtlich des Armutrisikos sollten Maßnahmen der Armutsbekämpfung nicht mit der Gießkanne verteilt werden, sondern sehr gezielt und bezogen auf die Lage in der jeweiligen Region, die ich gerade mit den Prozentzahlen beschrieben habe, zum Einsatz kommen.

Gleichwohl bedarf es eines stringenten Gesamtkonzepts und Rahmenbedingungen in Gestalt regional flexibel zu nutzender Strukturen, die der demografischen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen Rechnung tragen.

Gleichzeitig ist zu bedenken, dass der Armutsbegriff weit über die materielle Armut hinausgeht. Und da, liebe Grünossen – Entschuldigung; für die Koalition, in der die Neoasketen das Sagen haben, fiel mir nichts anderes ein –, geht es nicht nur um das Materielle. Es gibt eine soziale Armut, wenn Personen fehlen, die soziale Unterstützung leisten. Von Armut

spricht man beispielsweise auch dann, wenn der Zugang zu Bildungsmöglichkeiten erheblich beeinträchtigt ist und es Menschen verwehrt wird, ihre Talente zu entfalten und für sich selbst bzw. für ihre Familien sorgen zu können.

Armut ist ebenso wie Reichtum – das darf man nicht vergessen – ein komplexes Geschehen und verdient eine umfassende und sachliche Analyse der Fakten und der Lebenslagen. Es darf auf keinen Fall geschehen, dass von Armut oder vom Armutrisiko betroffene Menschen, vor allem Kinder, zum Zwecke eines leicht durchschaubaren Populismus instrumentalisiert werden.

Zudem besteht bei einer undifferenzierten und letztlich inflationären Verwendung des Armutsbegriffs die Gefahr, dass die Aufmerksamkeit und die Sensibilität der Bevölkerung insgesamt nachlassen.

(Beifall von der FDP – Zuruf)

– Genau. Das ist nämlich der Abstumpfungseffekt dabei. – Meine Damen und Herren, unabhängig von allen Details und Befunden zu Einkommensentwicklung und Lebenslagen im Einzelnen gilt: Die elementare Grundlage jeder wirksamen Unterstützung beginnt mit dem Respekt vor den Mitmenschen. Respekt bedeutet, dass man Menschen die Scham nimmt und dazu beiträgt, Hilfe von anderen anzunehmen. Es bedeutet auch, dass man den betroffenen Personen zutraut, dass sie ihre Lage positiv verändern können und dass sie durch eine angemessene Unterstützung aus der Armutssituation herausfinden.

Wir wissen jedoch auch, dass dies nicht in jedem Fall machbar ist. Wir sollten aber alle Chancen und Möglichkeiten nutzen, hier zu helfen.

Ein überdurchschnittliches Armutrisiko tragen Kinder und junge Erwachsene. Leider sind sie dadurch zusätzlich belastet; denn anstelle von Unterstützung und Ermutigung erleben sie offenbar häufig, dass sie ausgegrenzt werden. Auf diese Weise vergrößern sich Selbstzweifel und das Gefühl von Wertlosigkeit.

Falls Kinder regelmäßig solche Erfahrungen machen, ist es äußerst schwer, ihnen gewissermaßen von außen zu vermitteln, dass sich die Anstrengung des Lernens in der Schule lohnt und dass sie an sich und ihre Fähigkeiten glauben sollen. Doch diese Motivation und die Ermutigung zur Bildung sind unerlässlich, weil Bildung Lebenschancen eröffnet und deshalb das wirksamste Mittel gegen spätere Armut ist.

Das beginnt, wie wir immer häufiger feststellen, schon im Vorschulalter. Darum war es richtig und wichtig, dass die schwarz-gelbe Landesregierung während ihrer Amtszeit mit dem Kinderbildungsgesetz und den Familienzentren entscheidende Grundlagen geschaffen hat, von denen gerade die von Armut bedrohten Kinder profitieren.

(Beifall von der FDP – Dennis Maelzer [SPD]:
Da waren Sie nicht dabei!)

– Ich freue mich ja, dass es Ihnen so gut geht.

(Dennis Maelzer [SPD]: Mir geht es super!)

Meine Damen und Herren, gerade junge Menschen ohne einen Schulabschluss haben große Probleme auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, auf dem die fachlichen Anforderungen nicht zuletzt aufgrund des technologischen Fortschritts steigen.

Programme zur Senkung der Zahl der Schulabbrüche bilden einen wichtigen Baustein zur Verhinderung einer prekären Zukunft. Deshalb leisten Initiativen aus der Zeit der schwarz-gelben Landesregierung, die sich gegen den vorzeitigen Schulabbruch richten, nach wie vor einen bedeutsamen Beitrag.

(Beifall von der FDP)

Gefördert werden müssen dabei die frühzeitige Berufs- und Praxisorientierung – damit fangen wir jetzt sogar im 8. Schuljahr an –, eine ebenso frühzeitige wie kontinuierliche Sprachförderung und der weitere gleichberechtigte Ausbau des Ganztagsangebots. Last, but not least muss eine flächendeckende Verankerung der individuellen Förderung kontinuierlich gestärkt werden, um Jugendlichen überhaupt die entsprechenden Chancen zu bieten.

Allerdings müssen Rot-Grün oder die Grünossen sicherstellen, dass nicht eine große Zahl der Kinder benachteiligt wird. Auch in der Bildungspolitik gilt das Prinzip des Förderns und Forderns – übrigens von Ihrer Regierung damals sehr gut aufgestellt. Eine Absenkung von Leistungs- und Qualitätsstandards nützt den Kindern und Jugendlichen nur scheinbar.

Richtig ist in jedem Fall, den Übergang von Schule zu Beruf zu verbessern. Es kommt darauf an, eigene Stärken und Talente zu erkennen und zu erfahren, wie man diese in bestimmten Berufen einbringen kann.

Von besonderer Wichtigkeit ist, dass die Vielfalt der Ausbildungsberufe und die damit verbundenen Perspektiven besser bekannt werden.

Ein weiteres Ziel besteht darin, falsche Erwartungen an ein Berufsbild zu verhindern

(Beifall von Dr. Joachim Stamp [FDP])

und auf diese Weise Ausbildungsabbrüche zu vermeiden und Warteschleifen zu reduzieren.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dabei ist zu berücksichtigen, dass die Kinder von Alleinerziehenden besonders benachteiligt sind. Das gilt nach wie vor und insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund.

Aus diesem Grund ist es von zentraler Bedeutung, die frühkindliche Sprachförderung, die von FDP und

CDU seinerzeit eingeführt wurde, fortzusetzen und entsprechend den Bedarfen weiterzuentwickeln.

(Beifall von der FDP und Walter Kern [CDU])

Meine Damen und Herren insbesondere von Rot-Grün, lassen Sie mich meinen Vortrag mit Ausführungen, die nicht im Sozialbericht stehen, beenden.

Es hilft nicht weiter, wenn wir wechselseitig nur über mögliche Fehler der anderen Parteien meckern. Defizite müssen klar benannt werden. Umgekehrt darf es aber nicht zum Wettbewerb um miesepetrigere Interpretationen von Statistiken und schlechten Schlagzeilen kommen. Ich habe manchmal das Gefühl – die Kommentierung in der „Wirtschaftswoche“ dieser Tage sah es ähnlich –, dass manche Politiker und Organisationen mit bewusst negativen Interpretationen ihre eigene Notwendigkeit und Relevanz erklären müssen. Dabei habe ich bei manchen Organisationen mittlerweile den Eindruck, die größte Sorge ist, dass die Zinsen fürs Festgeldkonto sinken.

Es ist richtig, auf soziale Probleme ohne Wenn und Aber hinzuweisen, aber man sollte den Bogen nicht überspannen und eine Chancenlosigkeit nicht künstlich herbeireden. Das führt zu einer schleichenden Entmutigung und Frustration.

In Deutschland glaubt inzwischen ein Großteil der Jugendlichen aus sogenannten einfachen Verhältnissen – ich meine, Herr Preuß hat das auch erklärt – nicht mehr an einen Aufstieg, obwohl die Fakten dagegen sprechen. Meine Damen und Herren, Spanien, Italien und weitere europäische Staaten haben eine Jugendarbeitslosigkeit von 50 %. Das ist hier anders. Wir kommen in den meisten wirtschaftlichen Regionen gar nicht in den zweistelligen Bereich hinein.

(Beifall von der FDP)

Bei allem, was wir zu Recht kritisieren und verbessern wollen: Warum können wir nicht anerkennen, dass es bei uns im Vergleich zu unseren Nachbarn viel bessere Aufstiegschancen gibt? Der deutsche Sozialstaat ist besser als sein Ruf. Er bietet viele Chancen, weil er auf Fördern und Fordern setzt.

Und dennoch zeigt nicht nur dieser Sozialbericht, dass wir ihn weiterentwickeln müssen, was aber nicht heißt, liebe Grünossen, dass wir ihn noch weiter ausbauen müssen.

Im Wettstreit der demokratischen Parteien kann ich nur eines sagen: Andere Parteien setzen zuerst auf höhere materielle Leistungen, wir Liberalen setzen vor allem darauf, die Schwächeren zu ertüchtigen, sie selber stark zu machen. – Meine Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Alda. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Wegner.

Olaf Wegner (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Menschen im Stream und auf der Tribüne! Wir halten uns ans Grundgesetz. Da sind wir konservativ. So haben wir es im Landtagswahlkampf plakatiert, und das nehmen wir sehr ernst.

Ein Blick in das Grundgesetz hilft, sehr schnell festzustellen, dass die Wörter in Ihrer Sozialpolitik – das richtet sich an alle anderen hier vertretenen Parteien – leider keine Relevanz besitzen. Immer und immer wieder ist es nötig, auf den Art. 1 hinzuweisen und zu appellieren, die Menschenwürde zu achten.

In Art. 20 ist zu lesen:

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“

Unter diesem Aspekt betrachtet ist der „Sozialbericht Nordrhein-Westfalen 2012“, also der Armuts- und Reichtumsbericht, ein echtes staatlich zertifiziertes Armutszeugnis für Deutschland und Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den PIRATEN)

Nein, mehr noch: Er ist eine Bankrotterklärung. Eines zeigt dieser Bericht nämlich ganz deutlich: Sozial gerecht geht es in diesem Land schon lange nicht mehr zu.

Lassen Sie mich einige Beispiele aus Ihrem Bericht uns allen ins Gedächtnis rufen:

Die Arbeitslosigkeit sinkt, die Armut in diesem Land nimmt trotzdem weiter zu. Woran liegt das? – Das liegt vor allem an der unglaublichen Öffnung des Niedriglohnsektors. Ihrem Bericht ist zu entnehmen, dass der Anteil der Vollzeitbeschäftigten, die Niedriglöhne beziehen, in der vergangenen Dekade in Nordrhein-Westfalen genauso wie in Westdeutschland insgesamt gestiegen ist. Das mittlere Bruttomonatsentgelt der Niedriglohnempfänger lag Ende 2010 bei 1.399 €: Die Niedriglohnquote in Nordrhein-Westfalen lag Ende 2010 bei 20,4 % und im Westdeutschland bei 20,8 %. Zum Vergleich: Zum Jahresende 2000 lag die entsprechende Niedriglohnquote in Nordrhein-Westfalen mit 16,3 % noch um 4,1 Prozentpunkte niedriger.

Der Niedriglohnsektor wächst, und es besteht die Gefahr – das ist zum Teil schon Realität –, dass Unternehmen sich auf Kosten der Allgemeinheit ihre Lohnausgaben subventionieren lassen.

(Beifall von den PIRATEN)

Das Problem der prekären Beschäftigung ist auch ein weibliches Problem. Denn ein Drittel aller voll-

zeitbeschäftigten Frauen arbeiten im Niedriglohnsektor. Das ist ein regelrechter Skandal.

(Beifall von den PIRATEN)

Es muss zu einem Perspektivwechsel kommen, damit die Gesellschaft nicht weiter aus dem Gleichgewicht gerät. Unserer Auffassung nach hat jeder Mensch das Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe. Die Würde des Menschen zu achten und zu schützen, ist das wichtigste Gebot des Grundgesetzes. Ein Mensch kann nur in Würde leben, wenn für seine Grundbedürfnisse gesorgt und ihm gesellschaftliche Teilhabe möglich ist.

Dazu gilt es, auch in Nordrhein-Westfalen Mittel bereitzustellen, damit Menschen in die Lage versetzt werden, an gesellschaftlicher Teilhabe zu partizipieren.

Der Ansatz des sozialen Arbeitsmarkts könnte ein Lösungsansatz sein. Aber bisher haben wir dazu nur aus der Presse entnommen, dass private Unternehmen oder freie Wohlfahrtsverbände schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose einstellen und ihnen tarifliche und ortsübliche Löhne zahlen sollen. Dafür sollen sie im Gegenzug einen Minderleistungsausgleich erhalten. Wie hoch der sein wird, ist noch unklar. Die Privatwirtschaft hätte gerne einen Zuschuss von bis zu 70 % zum Gehalt, und Sie, Herr Minister Schneider, können sich einen Zuschuss von 40 % vorstellen. Gegenfinanziert werden soll dieser Zuschuss über die eingesparten Hartz-IV-Leistungen

Ein öffentlicher Beschäftigungssektor ist aber nicht der richtige Ansatz.

Allerdings ist der Ansatz von CDU und FDP im Bund auch falsch. Die Bundesregierung hat 2010 beschlossen, bis 2014 die Ausgaben für die Arbeitsmarktpolitik um 16 Milliarden € zu senken, davon 10 Milliarden € bei der Bundesagentur für Arbeit, 6 Milliarden € in der Verwaltung und bei Eingliederungsmaßnahmen für Arbeitslose in der Grundsicherung, wie der Paritätische Nordrhein-Westfalen treffend bemerkte. Weiter, so der Paritätische, kommen noch einmal fast 4 Milliarden € Kürzungen bei der Bundesagentur für Arbeit hinzu, auf die man sich im Vermittlungsverfahren zu den Hartz-IV-Regelsätzen verständigt hat.

Die Sparbeschlüsse wurden unmittelbar umgesetzt. Für das Jahr 2011 bedeutet das ein Minus von 22 % für die aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesagentur für Arbeit. Das Budget für Eingliederungsmaßnahmen schrumpfte gar um 25 Prozentpunkte.

Und das Sparen geht weiter: Für das Jahr 2012 stehen für arbeitsmarktpolitische Instrumente in Nordrhein-Westfalen rund 980 Millionen € weniger zur Verfügung als im Vorjahr. Das ist ein Minus von 16,7 Prozentpunkten. Sehen so wirkliche Arbeitsmarktpolitik und ein Vermindern von Armut aus?

Apropos Armut: Die Armut hat in einzelnen Stadtteilen in Nordrhein-Westfalen ein so großes Ausmaß angenommen, dass unsere Demokratie und unsere Gesellschaftsordnung gefährdet sind. Das Nettoeinkommen der drei ärmsten Zehntel der Bevölkerung ist um 5 % gesunken. Die mittleren drei Zehntel hatten gerade mal ein stabiles Einkommen. Ein signifikantes Plus von 13,4 % konnte das reichste Zehntel für sich verbuchen. Das Ganze noch einmal aufgesplittet: Die reichsten 2 % der Bevölkerung haben ein reales Einkommensplus von 50 % erzielt.

Es ist aber nicht nachvollziehbar, dass die Konzentration von Einkommen und Vermögen von einem so kleinen Anteil von Menschen in Anspruch genommen wird.

Allerdings geht es hier nicht um eine völlig unangebrachte Neiddebatte, sondern um das gesamtgesellschaftliche Gleichgewicht. Ich sage ganz deutlich: Wir Piraten haben uns ins Grundsatzprogramm geschrieben, dass wir Armut verhindern wollen, nicht Reichtum.

(Beifall von den PIRATEN)

Das Volkseinkommen in Deutschland liegt bei ca. 2 Billionen € brutto. Bei 80 Millionen Einwohnern bedeutet das, dass pro Einwohner ca. 25.000 € brutto in jedem Jahr verdient werden. Angesichts dieses Betrages kann ich nicht nachvollziehen, warum überhaupt nur ein Mensch unter der Armutsrisikogrenze leben muss.

Ich bin sehr froh darüber, dass die Landesregierung mit ihrem Armutsbericht offen umgeht und die freie Wohlfahrtspflege an diesem Bericht beteiligt ist. Denn Nordrhein-Westfalen ist vom Armutsrisiko für große Teile der Bevölkerung besonders betroffen. Wenn man sich die 15 größten Städte Deutschlands anschaut, stellt man fest: Nur in Leipzig ist das Armutsrisiko höher als in Duisburg und Dortmund. In Köln, Essen und sogar in Düsseldorf lebt jeder fünfte Mensch in Armut.

Wie muss hier gegengesteuert werden? – Die grundsätzliche Frage nach Einkommen ist zu stellen. Wir denken über neue Modelle nach. Das würde Ihnen auch gut zu Gesicht stehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir setzen uns für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ein, das die Ziele des Rechts auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe beinhaltet. Es soll die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, einen individuellen Rechtsanspruch darstellen sowie ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert werden.

Dass ein bedingungsloses Grundeinkommen die Paradigmen des Sozialstaats wesentlich verändern wird, ist uns sehr wohl bewusst. Aber dieses Sozialsystem braucht ein Update; der Sozialbericht stellt

das eindrucksvoll dar. Armut in einem reichen Land ist nicht tolerierbar.

(Beifall von den PIRATEN)

Als ersten Schritt sehen wir die Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen, denn die Menschen sollen nicht doppelt bestraft werden.

Wir müssen uns endlich davon verabschieden, das Armutsproblem in Deutschland und Nordrhein-Westfalen allein durch eine angestrebte Vollbeschäftigung und durch Subventionen für wirtschaftliches Wachstum lösen zu wollen. Das ist ein schönes Ziel und hat lange Tradition. Aus der Sicht der Piraten ist das nicht der Weg, der die aktuell entstandenen Armutsprobleme lösen kann. Das ist kein Weg für die Zukunft.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir haben kein Armutsproblem, weil die Menschen arbeitslos sind, sondern weil die Umverteilung in diesem Land nicht funktioniert. Damit meine ich ganz ausdrücklich keine Umverteilung von den obersten 10 % nach unten, sondern von den oberen 2 % nach unten.

Vollbeschäftigung um jeden Preis ist ein Modell der Vergangenheit, von dem wir uns verabschieden sollten. Subventionierte Arbeit im Niedriglohnsektor schafft Altersarmut, Kinderarmut und eine Abwärts Spirale auch für gutqualifizierte Arbeitnehmer.

(Beifall von den PIRATEN)

Unstrittig ist, dass nur durch Bildung auch für Kinder aus dem Ruhrgebiet eine reelle Chance besteht, aus ihren prekären Lebensumständen auszubrechen. Kinder lernen von ihren Eltern. Die Eltern können immer häufiger mit einer Vollzeitarbeit nicht genug verdienen, um ohne Hilfe vom Amt auszukommen. 8 Millionen Menschen arbeiten in Deutschland für einen Lohn unterhalb der 9,15-€-Grenze. Dazu gehören Pflegekräfte, Frisöre, Tagesmütter und Verkäuferinnen, also Menschen, die bei der Gestaltung unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens eine wichtige Rolle spielen. Das sollten wir honorieren.

Leistung muss sich lohnen, aber ich kenne keinen Hartz-IV- bzw. Arbeitslosengeld-II-Aufstocker, für den sich Leistung lohnt. Kinder lernen schnell, dass das Geld, das sie durch ihren Ferienjob verdienen wollten, bei Papa oder Mama abgezogen wird. Ich könnte einem Hartz-IV- bzw. Arbeitslosengeld-II-Empfänger, wenn ich ehrlich wäre, nur empfehlen, maximal 100 € hinzuzuverdienen, denn für jeden Euro, den er darüber verdient, hat er maximal 20 Cent mehr zum Leben. – Leistung, die sich lohnt, sieht anders aus!

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf von Serdar Yüksel [SPD])

2,1 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen sind arm. Jedes vierte Kind ist davon betroffen. Das ist

ein politischer Skandal. Was tun Sie dagegen allesamt? – Es wird bedauert, und in jeder Talkshow werden Krokodilstränen vergossen.

Wir schlagen konkret eine andere Politik vor, die die Kinder in den Mittelpunkt rückt und ihnen Bildungschancen ermöglicht. Das bedeutet für uns: Bildung ist ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag.

Um unsere Ziele zu erreichen, sind gewaltige Anstrengungen vonnöten. Diese dürfen nicht dem Einzelnen aufgebürdet werden, sondern stellen einen gesamtgesellschaftlichen Auftrag dar. Der Staat hat die Aufgabe, entsprechende räumliche, personelle und finanzielle Ressourcen bereitzustellen und eine auf jeden einzelnen ausgerichtete Förderung zu garantieren. Der Zugang zur Bildung ist auf allen Ebenen kostenfrei zu gewährleisten und vollständig durch die Gesellschaft zu finanzieren.

Bei der Finanzierung des Bildungssystems sind grundsätzlich neue Prioritäten zu setzen und ist Solidarität einzufordern. Der Bildungsetat muss deutlich ausgeweitet werden.

Der frühkindlichen Bildung kommt für die Verwirklichung unserer Ziele eine zentrale Bedeutung zu. Ihre Aufgabe ist es, alle Kinder ungeachtet der bestehenden Unterschiede in den persönlichen Kompetenzen und unabhängig von ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft so zu fördern, dass sie mit möglichst guten Grundvoraussetzungen ihre Schullaufbahn beginnen.

Eltern können die Kindertagesstätte für ihre Kinder frei wählen. Konfessionelle, soziale kulturelle oder sonstige Zugangsbeschränkungen sind in Einrichtungen, die ganz oder teilweise öffentlich finanziert werden, nicht zulässig. Der Besuch und die Verpflegung von Kindertagesstätten sind beitragsfrei. Bei der öffentlichen Finanzierung von Einrichtungen sind alle Träger gleichzustellen. Kommunen, die aus eigener Kraft die notwendige Zahl von Plätzen in Kindertagesstätten nicht bereitstellen können, werden vom Land finanziell unterstützt; die Landesmittel sind entsprechend aufzustocken.

Die sprachliche und motorische Entwicklung aller Kinder im Alter von vier Jahren wird durch entsprechend geschultes Personal geleistet. Förderbedürftige Kinder erhalten in der Kindertagesstätte eine intensive sprachlich-motorische Förderung, um Defizite auszugleichen.

Die Zusammenarbeit mit den Eltern muss dabei aktiv gefördert werden. Die Ausbildung des pädagogischen Personals soll zukünftig vermehrt in einem pädagogischen Hochschulstudium geschehen und schließlich auch angemessener bezahlt werden.

Aktuell gibt es eine große Verunsicherung in der Bevölkerung zum Thema „Rente“. Unser Rentenniveau ist so niedrig wie fast nirgendwo im europäischen Vergleich. Grundsicherung erhalten vor allem Menschen ab 65 Jahren, wenn ihr Einkommen un-

ter 756 € liegt. Die Zahl der Empfänger von Grundsicherung ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in 2011 – in nur einem Jahr – um 5,9 % gestiegen. Auch hier ist das bedingungslose Grundeinkommen der Schlüssel zum Erfolg und zur Verhinderung von Altersarmut.

(Beifall von den PIRATEN)

Ich fasse zusammen: Wir sollten schauen, die soziale Not in diesem Land zu lindern, wenn wir sie schon nicht beseitigen können. Liebe Regierung, mir ist auch klar, dass Sie die Grundlage für eine adäquate Grundverteilung nur sehr marginal beeinflussen können. Da Sie aber in denselben Mustern denken und handeln wie die derzeitige Bundesregierung fällt es mir schwer, zu glauben, dass es Ihnen ernst damit ist, prekäre Lebenssituationen entscheidend zu verbessern.

Mit Zwang zur Arbeit, mit weiteren Qualifizierungsmaßnahmen und mit entsprechenden Versuchen spielen Sie ausschließlich denen in die Hände, die auch derzeit von der Misere profitieren.

Wie ich am Anfang schon erwähnte, zeigt der Sozialbericht ganz deutlich, dass eine höhere Erwerbsquote nicht zur Überwindung der Armut in diesem Land führt. Aber wo bleibt dann bitte das Geld, das diese Menschen erwirtschaften? – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Wegner. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Schneider.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal vielen Dank für die außerordentlich aufschlussreiche Debatte, zu der ich an dieser Stelle nur einige Bemerkungen machen möchte.

Zunächst einmal, Herr Alda und Herr Preuß, geht es der Landesregierung nicht darum, Leiharbeit oder befristete Arbeitsverhältnisse zu verbieten. Es geht darum, diese durchaus sinnvollen Instrumente auf einem variablen Arbeitsmarkt neu zu regulieren. Ich habe im Hinblick auf die Leiharbeit einige Punkte angesprochen. Bezogen auf die befristeten Arbeitsverhältnisse muss endlich wieder eine Begründung her, damit es nicht zu Kettenverträgen kommt. Wenn eine Bundesregierung – das ist die schwarzgelbe – Kettenverträge in den Mittelpunkt ihrer Arbeitsmarktpolitik stellt, dann stimmt etwas nicht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir wollen dies nicht

(Bernhard Tenhumberg [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

und werden es auch ändern. Das ist keine Unterstellung, sondern erklärte Politik.

Ein zweiter Punkt: Prekäre Beschäftigung ist doch keine Ideologie. Prekäre Beschäftigung ist die Ursache von zunehmender gesellschaftlicher Instabilität.

(Günter Garbrecht [SPD]: Sehr richtig!)

Wie soll ein junger Mensch, der sich von einer Befristung zur anderen hangelt, eine Familie gründen, Mittelklassewagen konsumieren, Rücklagen fürs Alter und für die Ausbildung der Kinder bilden usw.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse in diesem Ausmaß sind gesellschaftspolitisch schädlich und müssen deshalb auf ein Minimum zurückgeführt werden. Ich glaube, darin sollten wir uns auch einig sein.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zur Leiharbeit noch eine Bemerkung: Leiharbeit, um Auftragsspitzen zu bewältigen, ist sehr vernünftig. Wenn Leiharbeit aber bewusst eingesetzt wird, um Stammbeschaften immer mehr zu reduzieren und prekäre Beschäftigung auszuweiten, dann ist das Missbrauch. Und dagegen müssen wir vorgehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der Klebeeffekt, den man sich ursprünglich von Leiharbeit versprochen hat, ist nicht eingetreten. Der Klebeeffekt liegt bei maximal 10 bis 15 %. Das reicht nicht, um solche destabilen Beschäftigungsverhältnisse zu akzeptieren.

Meine Damen und Herren, eine Bemerkung zum bedingungslosen Grundeinkommen! Ich bin ein vehementer Gegner einer Politik, die zu einem bedingungslosen Grundeinkommen führt. Wir sind in einer Arbeitsgesellschaft. Arbeit hat nicht nur den Sinn, Broterwerb sicherzustellen, sondern Arbeit ist eine ganz entscheidende Grundlage für gesellschaftliche Teilnahme.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang ist Erwerbsarbeit unabdingbar.

(Zuruf von Dr. Joachim Paul [PIRATEN])

Wir sollten es nicht mit dem „Recht auf Faulheit“ von Paul Lafargue übertreiben. Herr Alda, Sie als Wissenschaftspolitiker kennen sich da ja aus. Dieses Büchlein ist in weiten Bereichen überholt und kann keine Grundlage für praktische Politik mehr sein.

Eine Bemerkung zum Thema „Wir reden das Land schlecht“. Ganz im Gegenteil! Wir sind außerordentlich optimistisch, dass wir durch unsere Politik den Zusammenhalt in unserem wunderbaren Land pflegen und verstärken werden. Wir sind überhaupt nicht pessimistisch. Aber ich sage es Ihnen noch einmal: Wenn Optimismus keine Substanz hat,

dann führt dies zu billiger Propaganda. Und das wollen wir uns nicht leisten.

(Beifall von der SPD)

Deshalb dieser ungeschminkte Bericht über die soziale Lage in unserem Land!

Dazu gehört auch, dass viele Menschen nicht mehr daran glauben, dass sie durch individuelle Leistung einen sozialen Aufstieg bewerkstelligen können. Und das stimmt doch auch. Es gibt doch viele Menschen mit akademischem Abschluss, die dennoch zu den Aufstockern gehören. Ich könnte Ihnen in diesem Zusammenhang ganze Berufsstände aufzählen.

Schauen Sie sich einmal an, wie viel ein Grundschullehrer, eine Grundschullehrerin halbtags verdient. Über erzwungene Halbtagsbeschäftigungen haben wir noch gar nicht gesprochen. Auch das ist eine spezifische Form von prekärer Beschäftigung. Schlechte Bezahlung hat also nicht nur etwas mit schlechter Qualifizierung zu tun. Diese Gleichung stimmt schon seit Langem nicht mehr. Sie wissen doch genau, worum es geht. Wir sind uns doch in dem Punkt eigentlich einig.

Meine Damen und Herren, in den letzten 15 Jahren hatten wir auch aus ideologischen Gründen eine Umverteilung von unten nach oben festzustellen. Alle Zahlen weisen darauf hin. Deshalb sage ich: Eine Umverteilung von oben nach unten einzufordern, wie wir es jetzt tun, ist mehr als gerechtfertigt. Die politischen Instrumente dafür sind in diesem Zusammenhang genannt worden. Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

Zum Bildungs- und Teilhabepaket nur eine Bemerkung: Mir macht Sorge, dass in den nächsten Monaten für einige hundert Schulsozialarbeiter die befristeten Verträge auslaufen werden, ohne eine Anschlussbeschäftigung sicherzustellen, weil sich die Bundesregierung bisher weigert, das infrage kommende Programm fortzuführen. Das hat auch etwas mit Bekämpfung von Armut zu tun, weil wir wissen, dass diese Schulsozialarbeiter insbesondere in benachteiligten Stadtteilen hervorragende Arbeit geleistet haben, die zur Eindämmung insbesondere von Bildungsarmut beigetragen hat. Deshalb nochmals die Forderung: Der Bund muss weiterhin die Finanzierung sicherstellen. Das, was wir bei der Reform des SGB II erreicht haben, sollten wir uns an dieser Stelle nicht nehmen lassen.

(Beifall von Bernhard von Grünberg [SPD])

Zum neuen Übergang von Schule zum Beruf ist vieles gesagt worden. Es besteht Übereinstimmung zwischen allen, die sich bisher zu diesem Thema geäußert haben.

Eine letzte Bemerkung zum Mindestlohn: Ohne einen übergreifenden allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn wird es nicht gehen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Die Menschen haben ganz einfach zu wenig Geld im Portemonnaie. Gesten hat jemand von der FDP mit Krokodilstränen darauf hingewiesen, dass das Nichtraucherschutzgesetz dazu führen wird, dass man in Dortmund am Tresen keine Zigarette mehr rauchen kann.

(Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

– Sie waren es! – Ich sage Ihnen: Die Tresen bleiben leer, weil die Menschen nicht mehr das Geld haben, an dieser Alltagskultur teilzunehmen. Ich kenne mich da sehr genau aus. Das kann ich Ihnen sagen.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Abenteuerlich! Das glauben selbst Ihre eigenen Leute nicht! – Ralf Witzel [FDP]: Die in Dortmund sagen das Gegenteil dazu! – Weitere Zurufe von der FDP)

Was Sie hier erzählen, zeigt nur, dass Sie sich mit den Menschen, die am unteren Ende der Einkommen liegen, nicht genug beschäftigen.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Das ist eine Anmaßung!)

Das ist ja auch nicht Ihre Wählerklientel. Lassen Sie es bleiben. Diese Menschen wissen schon, worauf es ankommt und wer ihre Interessen vertritt.

Wir werden natürlich nicht bei einer Analyse stehenbleiben.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das befürchten wir schon!)

Wir werden so schnell wie möglich Programme, Maßnahmen entwickeln, und zwar hier und in den zuständigen Ausschüssen – das sind alle; dem stimme ich bewusst zu –, damit wir Armut in NRW bekämpfen können, um über diesen Weg einen Beitrag zum Zusammenhalt dieser Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen zu leisten. – Danke schön.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister Schneider. – Für die SPD-Landtagsfraktion spricht Frau Kollegin Howe.

Inge Howe (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Gestatten Sie mir, dass ich kurz auf meine Kollegen Vorredner, Herrn Preuß und Herrn Alda, Bezug nehme. Sehr geehrter Herr Preuß, sehr geehrter Herr Alda, Sie haben recht: Verschuldung ist schlimm, wenn man gegen Armut kämpfen möchte. – Auf der Bundesebene ist jedoch die Verschuldung weitaus größer

als auf der Landesebene, und dort tragen maßgeblich Sie die Verantwortung.

(Lachen von der CDU)

Wir täten gut daran – da haben Sie auch recht; einer von Ihnen brachte dieses Argument –, wenn wir alle zusammen am selben Strang zögen, und es wäre gut, wenn der Bund ebenso die Verantwortung für die Bekämpfung der Armut übernehmen würde, wie wir es hier im Lande Nordrhein-Westfalen tun.

(Beifall von der SPD)

Das Thema „Bildung“ – Herr Preuß, auch Sie sprachen an, dass es maßgeblich mit dem Thema „Armutsbekämpfung“ zu tun hat – steht bei uns in Nordrhein-Westfalen an erster Stelle. Ich möchte es Ihnen noch einmal sagen, falls Sie es noch immer nicht bemerkt haben sollten: Wir wollen kein Kind zurücklassen. Wir machen eine präventive Politik. Und auch beim Thema „Übergang von der Schule zum Beruf“ haben wir uns längst auf den Weg gemacht, und darum werden wir uns demnächst flächendeckend in Nordrhein-Westfalen kümmern.

(Lachen von der FDP)

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse führen direkt in Armut. Ich nenne als Beispiel die Frauen. Frauen arbeiten häufig im Niedriglohnssektor, und alleinerziehende Frauen brauchen oftmals zwei bis drei Jobs, um ihre Familie überhaupt ernähren zu können. Auch das ist ein Skandal.

(Beifall von der SPD)

Missbrauch bei Leiharbeit – das haben Sie erkannt – gibt es, aber bei diesem Thema ist Ihre Bundesregierung gefragt und muss etwas dagegen tun. Das Gleiche gilt für das Bildungs- und Teilhabegesetz: Da ziehen Sie sich einfach aus der Verantwortung. Das kann es nun wirklich nicht sein. Wir wollen Armut bekämpfen und nicht totschweigen, wie es die Bundesregierung macht.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Alda zulassen?

Inge Howe (SPD): Nein, ich habe nur drei Minuten, und das würde mir zu lange dauern.

(Zuruf von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Nein, Sie haben noch ...

Inge Howe (SPD): Ich weiß, aber ich möchte meinen Vortrag bitte ununterbrochen fortsetzen können. Ich habe Herrn Alda vorhin auch nicht unterbrochen, obwohl mir ebenfalls danach war.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, unabhängig von dieser Frage haben Sie noch vier Minuten zusätzlich, weil die Landesregierung ihre Redezeit überzogen hat. Frau Präsidentin Gödecke hat am Anfang darauf hingewiesen, dass allen Rednern darüber hinaus noch vier Minuten zur Verfügung stehen. Sie haben also noch Zeit. – Bitte schön, Sie haben das Wort.

Inge Howe (SPD): Ich werde am Ende meiner Rede entscheiden, ob ich die Frage zulassen werde.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh! – Dietmar Brockes [FDP]: Also keine Frage!)

Die Bundesregierung selber hat einen Armuts- und Reichtumsbericht aufgelegt und ist gerade dabei, diesen zu schönen und zu glätten. Im Gegensatz dazu erscheint unser nordrhein-westfälischer Armuts- und Reichtumsbericht ungeschönt und ungeglättet. So, wie er tatsächlich erstellt worden ist, ist er auch in die Öffentlichkeit gebracht worden.

(Zuruf von der CDU)

Zum Beispiel titelt die „Süddeutsche Zeitung“ vom 28.11. – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ist mit Botox gegen Armutsfalten geglättet. Jetzt ist weggespritzt, was einfach hässlich macht.“

Ich finde, das ist ein beschämendes Zitat; das muss ich wirklich sagen.

(Beifall von der SPD)

Ich sage Ihnen jetzt einmal, wie es hier aussieht – und das kann ich Ihnen aus eigener Betroffenheit und eigenem Erleben schildern –: Gerade die armen Menschen in unserem Land finden kaum noch bezahlbaren Wohnraum, und das zweite Handicap, das sie haben, ist die „zweite Miete“, das sind die Nebenkosten, die viele Menschen in unserem Land nicht mehr bezahlen können.

(Beifall von der SPD)

Gerade in meiner Petitionsarbeit begegne ich immer wieder den betroffenen Menschen, und es werden mehr. Die Anzahl der Fälle steigt und steigt. Ich kann Ihnen sagen, wie schwierig es ist, wenn man diesen Menschen, die keinen Strom mehr haben, die keine Heizung mehr haben, die nicht mehr warm duschen können und die sogar am Essen sparen müssen, Auge in Auge gegenüber sitzt. Diese Menschen sparen am Essen, weil sie sich ihrer Armut schämen und nicht zur Tafel gehen, wo ihnen unter Umständen geholfen werden könnte. Diesen Menschen zu begegnen – das kann ich Ihnen sagen –, ist wirklich kein schönes Erlebnis. Ich wünschte mir, dass gerade Sie, meine Damen und Herren von der CDU, die Sie nicht im Petitionsausschuss sind, diese Erfahrung machen.

(Zurufe von der CDU)

Für mich wäre es zum Beispiel eine Neuregelung wert, dass jeder einmal im Petitionsausschuss arbeitet, mit der Not vor Ort auch selber in Berührung kommt und sie sieht. Ich habe nämlich das Gefühl, dass manche von Ihnen gar nicht wissen, worüber sie reden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Als Beispiel kann ich Ihren Bundesminister, unseren Gesundheitsminister auf Bundesebene, Herrn Bahr, nennen. Die Krankenversicherungen erwirtschaften Milliardenüberschüsse. Aber wie sieht die Konsequenz aus? – Die Praxisgebühr in Höhe von 10 € wird Gott sei Dank abgeschafft – das haben wir alle befürwortet –, aber das allein löst noch lange nicht das Problem.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Wer hat die denn eingeführt?)

Nein, die Überschüsse bei den Krankenkassen werden nicht dazu verwendet, um sie in Form einer Erweiterung des Leistungskatalogs an die Versicherten zurückzugeben oder die Zuzahlungen zu reduzieren. Die Menschen können sich diese Zuzahlungen nicht mehr leisten. Es gibt Menschen, die im Quartal bis zu 500 € zuzahlen müssen und sich daher ihre Medikamente nicht mehr kaufen können.

Vielmehr ist es so, dass Herr Bahr die Zuführungen zum Gesundheitsfonds kürzt und dadurch indirekt den Haushalt des Bundes saniert. Das kann es auch nicht sein!

(Beifall von der SPD)

Um noch einmal auf den Bundesbericht zurückzukommen: Dazu heißt es aus dem Bundeswirtschaftsministerium, man dürfe die Dinge nicht so benennen, wie sie tatsächlich seien. Denn das würde die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt gefährden, was natürlich nicht sein dürfe.

Ich komme noch einmal auf die Stundenlöhne zurück. Auch dazu heißt es im Ergebnis:

„Die Stundenlöhne, die bei Vollzeit zur Sicherung des Lebensunterhaltes eines Alleinstehenden nicht ausreichen sowie eine einseitige polarisierende Lohnentwicklung generieren, verschärfen die Armutsrisiken und schwächen den sozialen Zusammenhalt.“

Diese Passage wird von Ihnen aber schlicht und einfach im Bericht gestrichen. So viel zum Wahrheitsgehalt.

Ferner wurde die Passage gestrichen, in der die Bundesregierung den Prüfauftrag hatte, zu schauen, „ob und wie über die Progression in der Einkommensteuer hinaus privater Reichtum für die nachhaltige Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden kann“. So viel zur Umverteilung

von Reichtum. Dazu sind Sie überhaupt nicht gewillt.

Ganz im Gegenteil: Man liest zum Beispiel von Ihrem Generalsekretär Döring bei Twitter – ich zitiere –, „es sei ein Verdienst der FDP, dass die Regierung im Armutsbericht nun keine Belastung von Vermögen vorschlage“. Auch das ist ein Skandal, meine Damen und Herren.

(Daniel Düngel [PIRATEN]: Das war er gar nicht selber!)

So könnte ich ewig fortfahren.

Alleine die Zeitungs- und Presseberichte über den Armuts- und Reichtumsbericht Ihrer Bundesregierung würden ausreichen, um hier locker eine halbe Stunde Redezeit zu füllen. Aber das möchte ich Ihnen ersparen, weil ich glaube, Zeitung lesen können Sie alle selber.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Für uns als rot-grüne Koalition steht der Mensch im Mittelpunkt des Handelns. Wir wollen eine ganzheitliche Betrachtung und ein ganzheitliches Konzept für die nächsten fünf Jahre entwickeln. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin. Für die CDU-Landtagsfraktion spricht Frau Kollegin Middendorf.

Claudia Middendorf (CDU): Wenn Herr Middendorf, mein Vater mit 85 Jahren, hier stehen würde, dann würde er sagen: Herr Minister Schneider, ich kann Ihnen klar und deutlich sagen, was Armut ist und was sozial ist.

Frau Howe, Sie haben sich Aussagen angemaßt, zu denen ich sagen muss: Das ist unglaublich.

(Beifall von der CDU)

Sie sagen, Sie seien sozial. Wer sitzt denn alles im Petitionsausschuss? Wer hat denn Wahlkreise, meine Damen und Herren von der Koalition, gewonnen? Das sind auch CDU- und FDP-Leute.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren von Rot-Grün – Frau Beer, vielleicht hören Sie auch netterweise einmal zu –,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

heute geht es um den Sozialbericht von Nordrhein-Westfalen und nicht um den Bundestagswahlkampf, den Sie hier eröffnen wollen.

(Beifall von der CDU)

Ich möchte im Sozialbericht insbesondere auf die Problematik Kinder, Jugendliche, ältere Menschen

und Geringqualifizierte eingehen. Vorausschicken will ich, dass ein differenzierter Blick dabei nötig ist. Ein Werk wie der vorliegende Sozialbericht zeichnet als Zahlensammlung kein treffendes oder umfassendes Abbild der Realität.

Trotzdem möchte ich in den Bereichen Kinder und Jugend, ältere Menschen und Geringqualifizierte noch einmal einen Blick auf besondere Risikofaktoren werfen. Schon im letzten Sozialbericht 2007 haben die Zahlen der Kinderarmut bei einem Fünftel aller Kinder – 19,6 % – schockiert. Im Jahre 2011 lag die Armutsrisikoquote mit 21,6 % noch höher. Betrachtet man die Altersgruppe zwischen 18 und 25 Jahren, zeigt sich: Fast jede vierte Person zwischen 18 und 25 Jahren lebt in einem einkommensarmen Haushalt. Kinder und Jugendliche sind damit eine Gruppe, die besonders durch Armutsrisiken beeinflusst ist.

Vor allem Kinder und Jugendliche, die geringqualifizierte oder nicht erwerbstätige Eltern haben, die aus kinderreichen Familien stammen, die bei einem alleinerziehenden Elternteil aufwachsen oder einen Migrationshintergrund aufweisen, sind in besonderem Maße von Einkommensarmut betroffen.

Minderjährige sind zudem öfter von einer Anhäufung unterschiedlicher Risikolagen betroffen. Der geringe Bildungsstatus der Eltern, fehlende Erwerbstätigkeit der Eltern und mangelnde Unterstützung von zu Hause aus verringern den Bildungserfolg der Kinder. So besuchen Kinder mit Migrationshintergrund oder Kinder von Eltern mit niedrigem Bildungsstand seltener bzw. kürzer Kindertageseinrichtungen.

Werfen wir einen Blick auf die Situation der älteren Menschen: Für die große Mehrheit der Älteren sind Renten und Pensionen die Haupteinkommensquelle. Ältere sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung unterdurchschnittlich von Armut betroffen. Jetzt folgt die Einschränkung: Das wird wohl nicht so bleiben. Auch hier werden in der Zukunft bei Menschen mit Lücken in der Erwerbsbiografie bei steigender Pflegebedürftigkeit und steigenden Kosten die Probleme größer.

Wer ist in Nordrhein-Westfalen geringqualifiziert? – Im Jahre 2010 wurden 19,2 % der 25- bis 65-Jährigen als geringqualifiziert eingestuft. Das heißt, sie hatten keinen Abschluss der Sekundarstufe II. Die Erwerbslosenquote ist seit dem Jahr 2000 vor allem bei jüngeren Geringqualifizierten zwischen 25 und 35 Jahren – bei Männern um 11,6 % auf 27,6 % und bei Frauen um 7 % auf 22,4 % – gestiegen.

Nun hat die Koalition von SPD und Grünen – das haben Sie gerade wieder deutlich gemacht, Herr Minister Schneider – in ihrem Koalitionsvertrag und der Regierungserklärung auf die Bekämpfung von Armut allerhöchste Priorität gesetzt. Sie haben Aspekte dieses Punktes bei der Haushaltseinführung

im Fachausschuss und in der letzten Plenardebatte besonders betont.

Diesen Worten sind seit 2010 keine Taten gefolgt, Herr Minister Schneider. Sie haben in der Einbringung des Haushalts im Ausschuss gesagt, dass Sie mit dem Haushaltsentwurf 2012 zeigen, dass Sie handlungsfähig sind. Ich habe beim letzten Mal schon gesagt: Dann handeln Sie endlich und beweisen, dass Sie wirklich gestalten wollen! Ich erwarte von Ihnen, dass Sie konkrete Zielvorstellungen und Lösungsansätze, die Sie in den einzelnen Bereichen umsetzen wollen, auch deutlich und klar benennen.

Wenn wir über den Bundestagswahlkampf sprechen, dann zeigen wir einmal kurz auf, was der Bund getan hat. Der Bund zahlt mit der steigenden Beteiligung an den Kosten zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung den Kommunen 19,9 Milliarden € mehr. Der Bund sichert den Rechtsanspruch über das Bildungs- und Teilhabegesetz auf Grundsicherung für Arbeitssuchende – Sozialhilfe – sowie den Kinderzuschlag und das Wohngeld für Familien.

Das Problem ist: Sie rufen die Mittel hier in Nordrhein-Westfalen nicht ab. Das ist das große Problem.

(Zurufe von der SPD – Sigrid Beer [GRÜNE]: Hören Sie auf die Menschen vor Ort! Meine Güte!)

– Frau Beer, der Bund fördert die Betreuung der Unterdreijährigen mit zusätzlich 580,5 Millionen €. Es gibt eine höhere Beteiligung an den Betriebskosten. Bisher beteiligt sich der Bund bereits zu einem Drittel an den zusätzlichen Kosten. Sie können sehen: NRW verschläft das, was der Bund dem Land gibt – ganz klar, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Ich möchte zum Schluss einfach nur sagen – vielleicht hören Sie einmal noch einen kurzen Moment zu, um das Wichtigste zu erkennen –: Es reicht nicht, den Menschen großes Verständnis für Probleme auszusprechen, wenn diese Probleme dann doch nur ausgesessen werden. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Middendorf. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Maaßen.

Martina Maaßen (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht des Sozialministeriums ist nicht geschönt. Er zeigt in ungeschöner Deutlichkeit, wie sich die Lebenslagen in Nordrhein-Westfalen darstellen. Es ist schon viel über Niedriglohn, Leiharbeit, Zeitverträge, Minijobs,

Werkverträge und Befristungen als Ursachen für Armut gesagt worden. Sozialromantik, Herr Preuß, ist das nicht. Es ist die Realität.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Ich möchte hier insbesondere auf die prekäre Lebenssituation der Menschen eingehen, die vom Bezug des Arbeitslosengeldes II leben müssen. Auch möchte ich aus Gründen der Selbstkritik nicht verschweigen, dass Grüne ihren Anteil daran hatten; aber wir arbeiten daran. Wir arbeiten unter anderem an einer Regelsatzerhöhung, an der Aussetzung von Sanktionen und an einem Mindestlohn.

Herr Preuß, Prekariat als positiven Einstieg in den Arbeitsmarkt zu definieren, ist schäbig. Einmal wieder enttäuscht der CDA-Flügel in der CDU-Fraktion.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich hoffe darauf, dass ich in dieser Legislaturperiode noch das eine oder andere „C“ und das eine oder andere „A“ erkennen kann. Ich würde mich darüber freuen.

Frau Middendorf, ich glaube, dass Sie es nötig haben, einen SGB-II-Einführungskursus zu besuchen;

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

denn das Bildungs- und Teilhabepaket ist leider – das wollten wir als Grüne nicht – ein individueller Anspruch. Es kommt bei den Menschen einfach nicht an. Das haben wir im Land nicht zu verantworten, sondern Sie mit Ihrer schrecklichen Gesetzgebung.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir wollten in Strukturen und nicht in die individuelle Antragstellung investieren. Dann hätten wir dieses Problem nicht, und dann wären die Mittel verausgabt worden. So sieht es aus.

Lassen Sie mich zum Sozialbericht zurückkommen. Im Jahr 2010 haben mehr als 1,6 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen Hartz-IV-Leistungen bezogen. Besonders erschreckend ist jedoch, dass 40 % der erwerbsfähigen Leistungsbezieher seit mindestens vier Jahren Arbeitslosengeld II bekommen. Menschen in verfestigtem Leistungsbezug sind häufiger Frauen, Ältere und Personen mit niedrigem Qualifikationsniveau.

Was bedeutet das für diese Menschen? Ein Leben am Rande der Gesellschaft, ein Leben am Existenzminimum.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Menschen, die es aus unterschiedlichsten Gründen auf dem Arbeitsmarkt schwer haben, in unserer Gesellschaft nicht gewollt sind. Ich frage Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wie will man das denn mit Hartz IV machen, wenn für Gaststättenbesuche 7 €, für Kultur, Freizeit und Unterhaltung 39 € sowie für Busfahrkarten rund 19 € zur Verfügung stehen, die günstigste Monatskarte aber bereits 30 € kostet?

Soziale Teilhabe wird hier durch statistische Größen bestimmt, soziale Teilhabe ist nur noch eine Rechengröße.

Ein Regelsatz von 374 € monatlich ermöglicht keine soziale Teilhabe, sondern ein Leben mit Suppenküchen, Tafeln und sozialen Warenhäusern. Überall wird propagiert, dass Bildung – soziale und berufliche Bildung – der Schlüssel zur Teilhabe in unserer Gesellschaft ist. Hierfür stehen für einen Erwachsenen jedoch gerade einmal 1,39 € im Monat zur Verfügung. Eine Hilfeempfängerin kann sich nach fünf Monaten Ansparphase vielleicht ein Taschenbuch für 7 € kaufen. Nach 21 Monaten ist vielleicht ein Fachbuch drin. Sogenannte arbeitsmarktferne Personen, meine Damen und Herren, finden bei Frau von der Leyen weder Geld noch eines ihrer medialen Zeitfenster.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Auch in 2013 kürzt die Arbeitsministerin weiter den Eingliederungstitel für Langzeitarbeitslose. Wir in NRW setzen etwas dagegen. Mit unserem Modellprojekt „Sozial-Integrativer Arbeitsmarkt“ haben wir eine bundespolitische Debatte ausgelöst. Immer mehr Bundesländer schließen sich uns an. Im Bundesrat wird zurzeit intensiv darüber beraten. Selbst bei der FDP ist der Passiv-Aktiv-Transfer kein Fremdwort mehr. Wir wollen Arbeit finanzieren, und zwar gute Arbeit, eine öffentlich geförderte Arbeit im ersten Arbeitsmarkt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, hinter jeder Statistik, jeder Berechnungsgröße und jeder Betroffenenzahl stehen einzelne Menschen. Was ihnen neben all dem Geschilderten auch fehlt, ist das Mittendrin, das Dabeisein, die Wertschätzung von uns allen. Dazu sollten wir beitragen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Maaßen. – Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Dr. Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich an Herrn Minister Schneider wenden und einmal klarstellen: Lieber Herr Minister Schneider, Sie sind nicht mehr DGB-Vorsitzender, und heute ist auch nicht der 1. Mai.

(Beifall von der FDP – Minister Guntram Schneider: Au!)

Das, was Sie hier vorhin abgeliefert haben,

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Marc Herter [SPD]: Er würde das Gleiche sagen als DGB-Vorsitzender!)

war ganz kleines Klassenkampfkaro. – Ich habe jetzt extra einmal abgebrochen, damit ich Ihre Zwischensprüche auch einmal verstehe. Sie können sich das manchmal vielleicht schenken; es ist hier akustisch sowieso so gut wie nicht zu verstehen. Insofern machen wir jetzt lieber ernsthaft weiter. Denn das ist, glaube ich, dem Thema angemessen.

Meine Damen und Herren, es ist notwendig, dass wir uns, wenn wir hier über den Bericht und die soziale Lage in Deutschland insgesamt sprechen, differenzieren damit auseinandersetzen und auch schauen: Wo liegt das Positive, das wir hier in Deutschland erreicht haben?

Noch im Jahre 2003 titelte die „Welt“: Deutschland ist der kranke Mann Europas. Heute ist Deutschland unbestritten die Lokomotive Europas. Niemals zuvor waren in Deutschland mehr Menschen erwerbstätig; es sind über 41 Millionen.

(Beifall von der FDP)

Viele Familien sind dadurch wieder in den Arbeitsmarkt integriert, die Zahl der Kinder aus Hartz-IV-Familien sinkt, die Anzahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss ist geringer geworden, und unsere europäischen Nachbarn beneiden uns um unsere geringe Jugendarbeitslosigkeit.

(Beifall von der FDP)

Die Einnahmen des Gesamtstaats brechen alle Rekorde. In diesem Jahr werden die Bürgerinnen und Bürger über 600 Milliarden € an den Fiskus überweisen. Die Kassen der Sozialversicherungen erzielen Überschüsse. Investitionen in Bildung, soziale Absicherung und die Förderung von Familien wurden seit 2009 erhöht. Die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder hat sich seit 2006 verdoppelt. Und was ein ganz wichtiger Faktor für die Stabilität unserer Gesellschaft ist: Die abstiegsbedrohte Mittelschicht hat sich stabilisiert, wie die aktuellen Studien des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln und des DIW Berlin belegen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Asch?

Dr. Joachim Stamp (FDP): Ja, bitte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist nett. – Bitte schön, Frau Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Lieber Kollege, vielen Dank für die Möglichkeit der Zwischenfrage. – Wenn dieses Bild so positiv ist, wie Sie das hier beschreiben, können Sie uns dann erklären, warum Wirtschaftsminister Rösler, seines Zeichens FDP-Parteivorsitzender, es nötig hat, den Sozialbericht, der von Frau von der Leyen verfasst wurde, zu fri-

sieren und zu schönen und die Daten zu glätten, die dort im Entwurf enthalten waren?

Dr. Joachim Stamp (FDP): Liebe Kollegin Asch, das haben wir hier im Plenum, als Sie noch nicht da waren, bereits ausführlich besprochen. Insofern sehe ich keine Notwendigkeit, weiter darauf einzugehen.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

– Ich wiederhole es aber gerne: Dass es eine Abstimmung zwischen Ressorts gibt, ist etwas völlig Natürliches. Das haben wir vorhin mit Herrn Schneider schon bilateral besprochen: Eine Ressortabstimmung ist etwas völlig Normales. – Wenn Sie das nicht so sehen, stellen Sie Ihren eigenen Kollegen, Minister Remmel, infrage, der gestern, als es um das Thema „Energie“ gegangen ist,

(Beifall von der FDP und der CDU)

eindeutig betont hat, dass man noch mal darüber reden muss, wie bestimmte Statistiken zu interpretieren sind.

(Widerspruch von den GRÜNEN)

Also, Frau Asch, der Finger, mit dem Sie auf den armen Philip Rösler zeigen, zeigt doch in Wahrheit auf Sie zurück.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Lassen Sie mich doch mal weiter ausführen! Ich war bei der DIW-Studie, die auch belegt, dass die Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen geringer geworden ist. Unser Land hat summa summarum die Wirtschaftskrise hervorragend gemeistert, auch wenn Nordrhein-Westfalen bei einigen der genannten Punkte hinterherhängt. Es geht uns in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen insgesamt gut.

Und dennoch gibt es Menschen in unserem Land, die arm oder von Armut bedroht sind. Darauf komme ich jetzt zu sprechen. Dabei will ich mir nicht die Armutskriterien des vorliegenden Berichts zu eigen machen, die mir zu statisch sind, weil sie die individuelle Lebenssituation unzureichend berücksichtigen. Nach den Kriterien wäre ich in Phasen meines Studiums auch arm gewesen. Ich habe mich aber nie so gefühlt.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wir müssen aufpassen, Frau Kollegin Asch, den Begriff „arm“ nicht inflationär zu gebrauchen. Denn die tatsächlich Armen und von Armut Bedrohten brauchen unsere volle Aufmerksamkeit: die alleinerziehende Mutter, die kaum weiß, wie sie über die Runden kommen soll; das Kind, das in prekäre Verhältnisse geboren worden ist und kaum Perspektiven hat; der Langzeitarbeitslose, der für sein Auskommen in Mülleimern nach Pfandflaschen sucht.

Ich unterstelle jedem hier im Haus, dass ihn das eben nicht kaltlässt. Ich würde mir diese Fairness auch umgekehrt von der Landesregierung wünschen, die uns gegenüber mit absurden Unterstellungen aufgetreten ist.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dieser Dauerklassenkampf schadet auch dem Ansehen dieses Hauses.

Herr Minister Schneider, ich fand es am vergangenen Freitag unmöglich, was Sie auf der Veranstaltung „Anstoß Parität 2012“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes geboten haben. Es sollte um Inklusion gehen. Ihr werter und von uns durchaus geschätzter Namensvetter Ulrich Schneider hat dort in einem hervorragenden und differenzierten Vortrag die Notwendigkeit, aber auch die aktuellen Schwierigkeiten im Inklusionsprozess herausgearbeitet. Was machen Sie? Sie rufen den Paritätischen Wohlfahrtsverband dazu auf, daran mitzuwirken, die aktuelle Bundesregierung abzulösen, damit man die Vermögensteuer und Mindestlöhne einführen kann.

(Beifall von der SPD)

Das ist primitiver sozialdemokratischer Wahlkampf. Das ist billiger Klassenkampf.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich finde es auch Ihrem sonst eigentlich recht umgänglichen Stil völlig unangemessen, einen Verband, der sich zu ungefähr 90 % aus öffentlichen Geldern finanziert und nicht ganz unwesentlich von Geldern Ihres Hauses abhängig ist, dazu aufzufordern, parteipolitisch zu agitieren. Das gehört sich nicht.

(Beifall von der FDP und der CDU – Norwich Rüße [GRÜNE]: Herr Kollege, gestatten Sie mir eine Zwischenfrage?)

– Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Rüße hat noch eine Zwischenfrage. Bitte schön, Herr Rüße.

Norwich Rüße (GRÜNE): Herr Dr. Stamp, vielen Dank, dass ich eine Zwischenfrage stellen darf. – Sie haben sich beschwert, dass gegen Sie agitiert würde, und quasi um Mitleid gebeten. Ich frage Sie: Wer hat denn die Schärfe in die Debatte gebracht? Können Sie mir sagen, von wem das Zitat „spätromische Dekadenz“ stammt?

(Christian Lindner [FDP]: Ach, meine Güte! Sagen Sie das Zitat mal vollständig, nicht nur einen Satz davon!)

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Kollege, ...

(Zurufe)

Vizepräsident Oliver Keymis: Kolleginnen und Kollegen, darf ich um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten? Dem Kollegen Dr. Stamp wurde eine Frage gestellt, die er jetzt beantworten will. Bitte schön, Herr Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Kollege, wir wollen das jetzt nicht ausfransen lassen. Sie zielen auf ein Zitat des Kollegen Westerwelle ab, der sich ganz bewusst gegen die Dekadenzvorstellung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin gewandt hat.

(Beifall von der FDP und der CDU – Lachen von den GRÜNEN – Marc Herter [SPD]: Da haben Sie aber was falsch verstanden!)

Wenn Sie sich das Ganze im Zusammenhang ansehen, dann werden Sie schlauer.

Sie schwadronieren hier immer wieder, als wären Vermögensteuer, Reichensteuer plus Mindestlöhne das Allheilmittel. Meine Damen und Herren von Rot-Grün, wenn die Lösung gegen Armut in Deutschland so einfach wäre, warum haben Sie das dann zwischen 1998 und 2005 nicht auf den Weg gebracht?

(Beifall von der FDP)

Sie sind den anderen Weg gegangen, weil Ihr Kanzler an der Stelle genug Hirnschmalz hatte, zu erkennen, dass der Sozialstaat etwas ganz anderes brauchte. Er hat die Agenda 2010 gebracht, die doch die Grundlage für die positive Entwicklung ist, die ich eingangs genannt habe. Das wollen Sie nicht hören, wahrscheinlich deswegen, weil Sie die Agenda 2010 wieder abwickeln wollen. Das ist doch absurd.

(Beifall von der FDP – Christian Lindner [FDP]: So ist es!)

Wir haben die Politik der Agenda 2010 in Berlin fortgesetzt. Der europäische Vergleich gibt uns recht.

Trotzdem gibt es nach wie vor Menschen, die wir nicht erreichen. Da muss der Sozialstaat treffsicherer werden. Das bleibt für uns alle eine große Herausforderung; denn auch für uns Liberale zählt jedes einzelne Schicksal. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Kerkhoff.

Matthias Kerkhoff (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, Sie und die Regierungsfractionen haben mit der Diskussion über den Sozialbericht ein Zerrbild des Landes gezeichnet.

(Beifall von der CDU)

Sie erwecken den Eindruck, als gäbe es hier im Land auf breiter Front Not und Elend. Dabei wissen Sie genau, dass unser Land wirtschaftlich und sozial hervorragend dasteht. Unser Sozialstaat wirkt und erfüllt den Auftrag, Armut zu verhindern. Durch den progressiven Steuertarif tragen die starken Schultern mehr als die schwachen. Auf diese Weise findet im bestehenden System bereits ein Ausgleich zwischen denen, die viel verdienen, und denen, die wenig verdienen, statt. Eine Steuererhöhungsdebatte ist deshalb völlig fehl am Platz.

(Beifall von der CDU)

Kurz gesagt: Millionen von Menschen auf der Welt würden sich wünschen, in solch einem Land zu leben und die Probleme zu haben, über die wir heute reden. Dass wir hierüber und über den Bericht diskutieren, ist gut. Es wäre aber auch in Ihrer Verantwortung gewesen, den Bericht richtig einzuordnen und auf methodische Schwächen der Statistik hinzuweisen. Das haben Sie nicht versäumt, sondern absichtlich nicht gemacht; denn Ihnen geht es um etwas anderes.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie wollen skandalisieren. Sie wollen den Bericht politisch nutzen, um Ihre Umverteilungsfantasien und Steuererhöhungen auf breiter Front zu begründen.

(Beifall von der CDU – Andrea Asch [GRÜNE]: Das ist zynisch!)

Damit – und das werfe ich Ihnen vor – spannen Sie die sozial Schwachen vor Ihren parteipolitischen Karren.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, die Festlegung, dass derjenige als einkommensarm gilt, der weniger als 60 % des mittleren Einkommens verdient, ist keine Erfindung von NRW, sondern europaweit Standard.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Das ist zynisch, was Sie machen!)

Aber diese Art der Betrachtung führt dazu, dass bizarre Armutsfälle konstruiert werden können. So beziehen beispielsweise Auszubildende meist eine Vergütung, die unterhalb der definierten Armutsschwelle liegt. Damit gelten sie statistisch als arm. Kaum ein Auszubildender würde sich aber persönlich als arm empfinden. Im Gegenteil: Erstmals in seinem Leben, wenn er vorher zur Schule gegangen ist, verdient er richtig Geld und kann sich etwas leisten.

Auch die Ehefrau eines Landtagsabgeordneten, die als Sekretärin in Teilzeit hinzuverdient, gilt der Definition nach als arm. Das zeigt, dass diese Form der Betrachtung absurd ist. Es ist doch klar, dass gera-

de in Partnerschaften das gemeinsam erzielte Einkommen entscheidend ist.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, die Methode, Armut am Durchschnittseinkommen zu messen, birgt einen erheblichen methodischen Mangel, auf den Sie auch hätten hinweisen müssen. Wenn beispielsweise alle Spieler von Fortuna Düsseldorf ihren Wohnsitz von Düsseldorf nach Neuss verlagern, dann steigt statistisch in Neuss die Armut, und in Düsseldorf geht sie zurück, ohne dass sich an der konkreten Lebenssituation eines Einzelnen etwas verändert hätte.

In Wahrheit misst der Bericht nicht Armut, sondern Ungleichheit. Das hört sich nur nicht so spektakulär an. Meine Damen und Herren, ein verantwortungsvoll handelnder Minister hätte auf solche Phänomene hingewiesen.

Er hätte auch die Verantwortung gehabt, die Befunde des Berichts in einen etwas größeren Kontext zu stellen, gerade weil wir in diesen Tagen den europäischen Zusammenhang sehen müssen; Kollege Stamp hat das eben ausgeführt. Ganz Europa schaut auf Deutschland und beneidet uns um unseren stabilen Arbeitsmarkt. Der beste Weg aus der Armut heraus ist und bleibt die Aufnahme einer Beschäftigung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, niemand bestreitet, dass es auch in diesem Land Leute gibt, die wenig haben, die sich einschränken müssen und die wir als arm bezeichnen müssen. Frau Howe, Sie haben eben zu Recht auf diese Gruppe hingewiesen. Denen, die wirklich unsere Hilfe brauchen, tun wir aber doch keinen Gefallen, wenn wir sie mit Auszubildenden und hinzuverdienenden Ehepartnern in einen Topf werfen. Wir sind an Ihrer Seite, wenn es darum geht, tatsächliche Armut in diesem Land zu bekämpfen und Betroffenen zu helfen, ihre Situation zu verbessern. Aber wir wehren uns dagegen, wenn Sie mit statistischer Armut die Leute verrückt machen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank, Herr Kerkhoff. – Für die Landesregierung hat sich noch einmal Herr Minister Schneider zu Wort gemeldet.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was sein muss, muss sein. Zunächst einmal zu Herrn Kerkhoff: In Europa werden wir in der Tat um unseren stabilen Arbeitsmarkt beneidet.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Wir empfangen aber auch massive Kritik, weil bei uns seit zehn bis 15 Jahren die Realeinkommen

nicht angestiegen sind und unser internationaler Wettbewerb unter anderem darauf beruht. Jede Medaille hat zwei Seiten. Sie können nicht immer von dem einen sprechen und das andere nicht erwähnen.

Mir kommt es nicht darauf an, in irgendeiner Weise zu skandalisieren. Das ist doch absurd. Ich plädiere nur dafür, die Realitäten zur Kenntnis zu nehmen.

Beim Sozialbericht stehe ich im Übrigen in einer Tradition, die Ihnen vielleicht nicht ganz gefällt. Wenn Sie einmal nachlesen, was mein Vorgänger im Amt des Sozialministers bei der Vorlage des zweiten Sozialberichtes gesagt hat, so erkennen Sie: Es sind teilweise dieselben Kritikpunkte, die ich auch aufgerufen habe. Jeder verantwortliche Sozialminister muss dies tun. Sozialminister haben nicht die Aufgabe, in Schönfärberei zu verfallen, sondern die Wahrheit zu sagen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dafür bin ich im Übrigen auch zu sehr protestantisch erzogen.

Zweiter Punkt: Ich gehöre nicht zu denjenigen, die sich von der Sozialagenda 2010 distanzieren. Sie werden mich überhaupt nicht dazu bringen, mich von irgendeiner Politik eines sozialdemokratischen Kanzlers zu distanzieren. Ich weiß, wovon ich da rede. Nach wie vor ist es richtig, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenzulegen. Nach wie vor ist das Prinzip des Forderns und Förderns richtig. Wir haben nur zu wenig gefördert. Wenn Sie an Ihre Instrumentenreform denken, die Hunderte von Millionen Euro dem Land Nordrhein-Westfalen in der Arbeitsmarktpolitik entzogen hat, dann wissen Sie, worum es geht. „Fordern und Fördern“ ist richtig. Aber dann muss dies auch mit einer Waage geschehen und nicht so einseitig wie in den letzten Jahren.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: In den letzten zwei!)

– Herr Dr. Stamp, eines muss ich doch richtigstellen. Auf der Veranstaltung des Paritätischen waren ja auch noch einige andere Abgeordnete. Ich denke, wir erkennen hier mehrere Wirklichkeiten. Mein verehrter Namensvetter Dr. Schneider hat die Instrumente, die zu einer Umverteilung von oben nach unten gehören, aufgerufen. Ich habe lediglich hinzugefügt, dass wir doch gemeinsam dafür sorgen können, dass diese Umverteilung auch eintritt. Mehr nicht. Dies mag doch einem Minister gestattet sein.

(Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

– Sie werden das Wort des DGB-Vorsitzenden noch in 15 Jahren singen, wenn ich schon lange woanders bin. Lassen Sie sich doch einmal eine andere Platte einfallen!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das hängt mit der Rente mit 67 zusammen. Also immer dasselbe Lied, das hohe Lied! Mal was Neues!

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Von mir haben Sie das heute das erste Mal gehört!)

Nicht immer dieser Kram!

Ich glaube, wir sind, wenn es um Abgabepolitik geht, nicht allein in Nordrhein-Westfalen. Wir haben hier viele Verbündete an unserer Seite. Wir werden auch mit diesen Verbündeten gemeinsam handeln.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Maaßen?

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Gerne. – Bitte schön, Frau Maaßen.

Martina Maaßen (GRÜNE): Herr Minister, teilen Sie mit mir die Befürchtung, dass neben der Herdprämie und der angedachten Putzprämie die CDU

(Zurufe von der CDU: Oh!)

– hören Sie doch erst einmal zu! – jetzt vielleicht auch noch eine Ehebestandsprämie im Kopf hat, damit Frauen mit prekären Beschäftigungsverhältnissen weiterhin von ihrem Ehemann abhängig sind?

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Ich kann mir das durchaus vorstellen, weil die Politik des sozialpolitischen Unfugs keine Grenzen kennt,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

jedenfalls in einem bestimmten parteipolitischen Spektrum. Damit muss man eben rechnen. Aber wir wollen einmal sehen, was noch kommt. Frau Schröder als Familienpolitikerin ist ja für ihre Kreativität in diesen Zusammenhängen bekannt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zum Schluss nur eine Bitte:

(Ralf Witzel [FDP]: Welch ein Niveau!)

Dieser Sozialbericht ist zu wertvoll, als dass er nur hier an dieser Stelle diskutiert werden sollte. Ich bitte Sie eindringlich, in den Ausschüssen – alle Ausschüsse des Landtags sind hier gefordert, weil Armut ein nicht ressortbezogenes Phänomen und auch kein Phänomen für einzelne Ausschüsse ist – sehr ernsthaft darüber zu diskutieren, wie wir dieser Armut, einer Krebsgeschwulst in unserer Gesellschaft, gemeinsam begegnen können.

Ich bin davon überzeugt, dass wir in diesem Zusammenhang auch manche politischen Gräben überwinden können. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Es wäre auch gar nicht möglich, weil alle, die hier gesprochen haben, die Redezeiten überschritten haben, außer der Landesregierung. Die hatte etwas mehr Zeit, 15 Minuten zur Einbringung und 20 Minuten zur Reaktion. Dies ist nicht voll ausgeschöpft worden. Alle anderen haben zum Teil deutlich überzogen. Das ist völlig in Ordnung; das Thema war es wert. Ich bedanke mich bei allen für die Aussprache.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3 Bewährte Ladenöffnungszeiten in Nordrhein-Westfalen erhalten

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1471

Ich darf die Beratung eröffnen. – Für die antragstellende Fraktion spricht Herr Kollege Bombis.

Ralph Bombis (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Geehrte Herren! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! „Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.“ Dieser Satz von Montesquieu dürfte uns ja allen bekannt sein. Genauso wie wir ihn uns wahrscheinlich unterschiedlich stark, aber vermutlich alle mehr oder weniger zu eigen gemacht haben, wir Liberale wahrscheinlich in der Regel etwas mehr als andere, genauso fällt es uns – da nehme ich die FDP auch nicht generell aus – im täglichen Politikalltag gelegentlich schwer, ihn immer zu beherzigen. Bei der derzeitigen Diskussion über das Ladenöffnungsgesetz wird dies wieder sehr deutlich. Ich möchte das gerne an drei Punkten festmachen.

Erstens. Die Lebensgewohnheiten vieler Menschen und Familien haben sich verändert. Das von Schwarz-Gelb verabschiedete Ladenöffnungsgesetz trägt dieser Lebenswirklichkeit in vollem Umfang Rechnung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich zitiere hierzu Herrn Müller von der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen aus der Anhörung vom 18. Januar 2012:

„Wie viel Prozent haben die neuen Ladenöffnungszeiten genutzt? – Das sind mit 45 % bemerkenswert viele. Wenn Sie das in absolute